SABOTAGE!

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 19

04/97
3. Jahrgang

REVOLUTIONÄRE 1. MAI-DEMO IN MA·BURSCHENSCHAFTEN ABSCHAFFEN·POLIZEISCHUSS BEI ANTIFA-AKTION·PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

Editorial

Ja, schon klar, daß das Cover dieser *Sabotage* bei einigen von euch für Verärgerung sorgen und uns im Zuge dieser emotionalen Ausbrüche den Vorwurf einbringen wird, der von Detlef Hartmann rechts unten beschriebenen „primitiven Logik der Maschine" **internet**alen Vorschub zu leisten. Aber in Zeiten wie diesen halten wir es für unerläßlich, trotz aller damit zum Ausdruck kommenden Widersprüchlichkeit die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien so effektiv und zielgerichtet wie möglich für unsere politische Zwecke zu nutzen. (Nach der weltumspannenden Revolution können sie dann ja wieder abgeschafft werden ...)

Auch wenn wir in unserer bodenlosen Naivität dieses Mal wirklich davon ausgingen, unser ausgearbeitetes Selbstverständnis auf **zwei** *Sabo*-Ausgaben „verteilen" zu können, hätten wir aus „autonomer Erfahrung" trotzdem wissen müssen, daß die Sachen, die sich eine politische Zeitung wie die unsrige vornimmt, am Ende immer einen größeren Raum als den ursprünglich dafür veranschlagten einnehmen. So natürlich auch in diesem Falle: Das Selbstverständnis der *Sabotage* ist *so* umfangreich geworden, daß sein Abdruck in nur zwei Ausgaben eine „Unverhältnismäßigkeit" den anderen Texten gegenüber erzeugt hätte. Um diese auf ein Minimum zu reduzieren, haben wir uns dazu durchgerungen, insgesamt drei (!) *Sabo*-Nummern dafür zu verwenden. Sorry, aber zwölf Seiten (!) am Stück wären einfach zu viel gewesen, oder? Für alle, die jetzt schon nicht mehr ohne es leben können: „*Sabotage* - Das Selbstverständnis" kann **als ganzes** auf postalischem Wege bei der Redaktion geordert werden. Außerdem wird es - in etwas abgewandelter Form - im Reader „DreiSatz" veröffentlicht werden, der von den autonomen Druckerzeugnissen „Geist der Freiheit" (Kreis Bergstraße), „K-Butt" (Kaiserslau-

Inhaltsverzeichnis:

sabotage

Das Selbstverständnis - Teil II 5

politische gefangene

Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen 11

anti-akw-bewegung

Quer gestellt! - Tag X³: Interview mit einem Anti-AKW-Aktivisten 14

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im April 18

antifa

Verbindungen kappen! - Burschenschaften abschaffen! 20
Polizeischuß bei Antifa-Aktion 24
Zunehmende Faschoaktivitäten in Mannheim 26

sonstige sabotage

Heraus zum 1. Mai 1997 28
Demos & Veranstaltungen 30

leserInnenbriefe

Antwortschreiben des Zahltag-Bündnis auf den Brief von K. Osso 34

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im April 35

tern) und „Sabotage" (Heidelberg) zu den „Schwarz-Roten-Wochen Rhein-Neckar - Für eine gleichberechtigte und herrschaftsfreie Gesellschaft" editiert wird. Diese Wochen beginnen mit der „Revolutionären 1. Mai-Demo" in Mannheim und enden am 24.05. mit dem von *GdF*, *K-Butt* und *Sabo* organisierten „Solidaritätskonzert für autonome Medien in der Region" im JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr". (Folgende Bands werden zum Tanze aufspielen: 1. MAI 1987, PIECE OF MIND und FREE YOURSELF.) Mit diesen Wochen soll zum einen „eine Art Plattform geschaffen werden, auf der sich verschiedene linke Projekte, Gruppen oder Ansätze einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen können, um so die Vielschichtigkeit »linksradikaler Politik« aufzuzeigen. Zum anderen ist es der Versuch, die Zusammenarbeit fortschrittlicher Gruppen und Einzelpersonen in der Region wiederzubeleben oder zu verbessern." Und weil wir wissen, daß die *Sabo* aus organisatorischen Gründen *nicht* rechtzeitig zum 1. Mai an allen Orten sein wird, an denen sie sein soll, werden wir es so machen, daß wir in der jetzigen *und* in der nächsten Ausgabe ausführlichst auf diese „Schwarz-Roten-Wochen" und alles, was damit zusammenhängt, hinweisen. Deshalb findet ihr in dieser Nummer neben dem Mobilisierungstext für die revolutionäre 1. Mai-Demonstration (Seiten 28/29) auch die er-

"Leben ist *Sabotage*. Das ist keine Parole, sondern eine Feststellung. Unser Alltag scheint zu einer gigantischen Maschine aus lebendigem Fleisch verdichtet. Jeden Tag durchlaufen wir viele ihrer Apparaturen: Einkaufszentren, Fußgängerzonen, Fabriken, Bürokratien, Verkehrssysteme, Schulen, Krankenhäuser usw. So unterschiedlich ihre Zwecke sind, ihr Aufbau ist immer identisch. Er vollstreckt die primitive Logik der Maschine."
(Detlef Hartmann)

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, JumP Walldorf, JUZ Piranha MA, LP HD, Nosferatu MA, Schwarzwurzel MA, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift oder im
Internet: http://staging.rno.de/azhd/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

Technologie: Artikel bitte auf 3 1/2-Zoll-Disketten im Textverarbeitungsprogramm Word for Windows 6.0.

ViSdP: Kalle Blomquist
Lönebergastr. 17
1997 Stockholm
Schweden

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

sten Termine der „Schwarz-Roten-Wochen" (im Veranstaltungskalender auf der Seite 33). In der nächsten *Sabo* wird dann für die ganzen restlichen Veranstaltungen „geworben" werden - vor allem eben auch für das oben bereits angesprochene „Solidaritätskonzert für autonome Medien in der Region".

Um den damit zusammenhängenden organisatorischen Aufwand auch bewerkstelligen und unseren Reader „vollenden" zu können, treffen sich in unregelmäßigen Abständen seit geraumer Zeit die Redaktionen der drei Zeitungen. Was uns daran äußerst gut gefallen und uns mehr als alles andere Kraft zum Weitermachen verliehen hat, war die beispielsweise in den Vorworten der K-Butt schwarz auf weiß nachzulesende Tatsache, daß wir mit unseren Problemen als Macher einer linksradikalen Zeitung nicht alleine sind: die Vorworte gleichen sich vom Aussagegehalt so sehr - bei ihnen wie bei uns ist immer wieder vom gleichen die Rede -, daß die Ansicht entstehen kann, die „Scene" und ihre Ausformungen seien überall die selben. Hier wie dort ist von fehlender Resonanz, das Ausbleiben von LeserInnenbriefen, von Veränderungen der redaktionellen Strukturen, von Zeitdruck, Unzuverlässigkeit der freien MitarbeiterInnen, Kultur- und Humorlosigkeit usw. die Rede. Wir haben uns über den bei diesen Treffen vollzogenen Erfahrungsaustausch wieder ein Stück weiter auf einen Habitus zubewegt, in dem „Anfeindungen" von außen *so* lange nicht ernstgenommen werden, solange sie keine kritisch-solidarische Dimension haben, sondern oftmals *nur* darauf zielen, das eigene Unvermögen (der „KritikerInnen"), selbst etwas auf die Reihe zu kriegen, zu kaschieren. Ja, es hat einfach Spaß gemacht, es war produktiv und sinnvoll.

Wie wir knapp vor endgültigem Redaktionsschluß noch in Erfahrung bringen konnten, ist es am Sonntag, den 23.03. - nach einer antifaschistischen Aktion - in Laudenbach zu einer staatsgewaltlich herbeigeführten Eskalation gekommen, als ein Bulle meinte, mit entsicherter Waffe auf eine daran unbeteiligte Frau zielen und dann einen „Warnschuß" in die Luft abgeben zu müssen. (Näheres dazu könnt ihr dem auf den Seiten 24/25 abgedruckten Artikel „Polizeischuß bei Antifaktion" der Autonomen Antifa Heidelberg entnehmen.) In diesem grünweißen Erfüllungsgehilfen des auf der Gewaltförmigkeit klassistischer, rassistischer und sexistischer Unterdrückungsverhältnisse aufbauenden BRD-Systems manifestierte sich die Rache an einer antifaschistischen Aktion, die die öffentlichkeitswirksame Entlarvung der JN-Bundesvorstandsbeisitzenden Irina Beikert zum Ziel hatte. PM Werner hat *für* das bürgerlich-kapitalistische Gewaltmonopol **und** *für* diejenigen, die jenes in ein noch autoritäreres, repressiveres Gesellschaftssystem einbinden wollen, mit einer geladenen Knarre auf eine unbeteiligte Frau aus den USA gezielt und dann einen symbolträchtigen WARNSchuß in die Luft abgegeben. Er hat mit einer entsicherten Waffe auf *alle* gezielt, die mit den unterschiedlichsten Widerstandsformen eine weitere Akzeptanz rechtsextremistischen Gedankenguts verhindern und **gleichzeitig** die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sie zur Entfaltung gebracht werden können, attackieren wollen, - und geschossen!

Wie wir aus der Vergangenheit nur allzu gut wissen, haben solche immer ungesühnt gebliebenen Schüsse auch schon zu Toten oder schwer Verletzten geführt. Die unbeteiligte junge Frau aus den USA könnte jetzt tot sein! Deshalb widmen wir ihr diese Ausgabe.

Autonomes Redaktionskollektiv

Nachtrag:

Wir wollen uns noch bei allen bedanken, die uns für die Aprilausgabe Materialien in großer Menge haben zukommen lassen. Wir sind mit dieser Ausgabe sehr zufrieden - vom Interview über einen Leserbrief bis hin zu den unterschiedlichen politischen Artikeln ist dieses Mal alles vertreten -, auch wenn wir uns bei der Antifa Schwarze Lilie entschuldigen müssen: Wir haben uns mit der Seitenanzahl verkalkuliert und zu spät bemerkt, daß wir zwei Seiten zu viel hatten. Aus rein **zeitungstechnischen** Gründen ist dann ihr zweiseitiger Artikel zur Front National und zur Situation in Frankreich rausgefallen. WelcheR Interesse daran hat, kann ihn bei der Redaktionsadresse kostenlos bestellen oder auf unserer Internetseite nachlesen. Also nochmals: Sorry!

Seid weiterhin so aktiv und kreativ und laßt uns die von euch geschriebenen Artikel auch weiterhin in dieser Menge zukommen. Im voraus Danke!

SABOTAGE
DAS SELBSTVERSTÄNDNIS - TEIL II

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land" - Das BRD-System nach der „geistig-moralischen Wende" als primärer Fixpunkt *gegen*öffentlicher Zeitungsarbeit

Wir wollen mit den folgenden Ausführungen keineswegs den Eindruck erwecken, als seien wir der Meinung, der vom Kapital forcierten Globalisierung und Weltmarktkonkurrenz einen auf die BRD **reduzierten**, metropolenzentristischen Kampf entgegensetzen zu können, der sich losgelöst von außerdeutschen Bewegungen zu einem effektiven und mit der Revolution „nur" in diesem Lande endenden Mittel entwickelt.

Aber
trotz der kapitalistischen »Triade« (USA, Japan, Europa),
trotz der damit verbundenen „Globalisierung der Wirtschaft",
trotz der gesellschaftlich flexiblen Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien
bildet der bundesrepublikanische Nationalstaat (als europäische Hegemonialmacht) den primären Referenzpunkt der inhaltlichen Arbeit der *Sabotage*-Redaktion.

Trotz der unumstößlichen und zum **internationalen** Handeln verpflichtenden Tatsache, daß
die neoliberale Weltmarktkonkurrenz,
die Umwälzung der Klassenverhältnisse im **internationalen** Maßstab,
die Pluralisierung des kapitalistischen Zentrums
weder
durch einen Regierungs- und Konzeptwechsel
noch
durch eine „»Revolution« in einem einzigen westlichen Lande"
zum Stoppen gebracht werden kann,
bleibt einer kleinen linksradikalen Zeitung wie der *Sabotage* nur die Option,
(regional „begrenzter") Teil *jener* sozialen Bewegungen *hier* in der BRD zu sein/zu werden, die den globalen Siegeszug der „Logik des Kapitals" zu bremsen versuchen - mit vereinten, über nationalstaatliche Grenzen hinweg organisierten, von unten agierenden Kräften.
Ihr bleibt nur die Option,
das im imperialistischen Weltgefüge analysierte BRD-System so effektiv wie möglich zu destabilisieren, um dadurch günstige politisch-kulturelle Bedingungen für eine weltumspannende, antikapitalistische Umwälzung zu schaffen.
Ihr bleibt nur die Option,
sich zwar mit allen ihr bekannten emanzipatorischen Bewegungen sozialistischer Prägung zu solidarisieren, aber parallel dazu die herrschenden Verhältnisse in *dem* Nationalstaat, dessen organisierte Infrastruktur das Kapital trotz der rapiden Auslagerung von Produktionsstätten nach wie vor benötigt, so präzise wie möglich zu durchleuchten: **in der BRD**.

Im Bewußtsein darüber, in diesem Rahmen *nicht* in der erwünschten Ausführlichkeit auf *alle* gesellschaftspolitischen Grundvoraussetzungen eingehen zu können, die zur Herausbildung des heutigen BRD-Systems geführt haben, ist es durchaus angemessen, sich auf den Zeitabschnitt *nach* der „geistig-moralischen Wende" zur christdemokratisch-liberalen Koalition zu beschränken.
Auch wenn es angesichts des vorliegenden historischen Datenmaterials geradezu fatal wäre, in

bezug auf das restaurierte BRD-System westlicher Prägung von einer „gesunden demokratischen Kernlandschaft" auszugehen, in die rechtsextreme Kräfte *niemals* hätten „einfallen" können, so muß doch konstatiert werden, daß sich seit dem bundesrepublikanischen Regierungswechsel im Oktober 1982 das „politische Klima" noch weiter verschlechtert, ja „ein grundlegender Wandel der Werthaltungen und Glaubensauffassungen in der politischen Kultur"[1] vollzogen hat:
„Mit dem Regierungswechsel von Helmut Kohl kamen der extremen Rechten schon durch die rechten Anschauungen und ihre Begriffe viele Einflußmöglichkeiten zugute. Völkische, nationalistische, autoritäre oder elitäre Formulierungen fanden wieder Eingang in das politische Vokabular. ... [Im] Zuge der symbolischen Politik der Christdemokraten [wurde] ein Wandel des Geschichtsbewußtseins und des deutschen Selbstverständnisses eingeleitet. Viele, zunächst heftig diskutierte Äußerungen christdemokratischer Politiker [bezogen] sich auf die deutsche Vergangenheit und eine relativierende Interpretation des Nationalsozialismus und seiner Folgen."[2] „[Damit sollte] schrittweise eine Enttabuisierung erfolg[en], die eine Neuinterpretation der nationalsozialistischen Vergangenheit ermöglichte."[3] Hinzu kamen eine aus völkischem und nationalistischem Gedankengut gespeiste „Ausländer- und Asylpolitik" (faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes), der in die öffentliche Diskussion um eine „multikulturelle Gesellschaft" eingebrachte Regreß auf nationalrevolutionäre Denkmodelle und ethnopluralistische Termini oder das wieder deutlichere Auseinandertreten beider Varianten bürgerlicher Herrschaft:

„Einerseits der Versuch einer Integration breiter Schichten der Lohnabhängigen in das kapitalistische System durch soziale und politische Reformen bei verstärkter planender und investierender Tätigkeit des Staates, teilweises Aufnehmen von Impulsen zur internationalen Entspannung - andererseits noch weitergehende Ersetzung sozialstaatlicher Elemente durch »marktwirtschaftliche« Entscheidung der Unternehmer, massiverer, nicht nur finanz-, sondern in erster Linie ordnungspolitisch begründeter Sozialabbau, Forcierung innergesellschaftlicher Differenzierung und bruchlose Übereinstimmung mit der ... Außenpolitik der USA."[4]

Mit der Annexion der „real-sozialistischen" DDR schließlich hat die BRD ihre bereits in den 70er Jahren anvisierte ökonomische, militärische und politische Hegemonialstellung in Europa vollendet. Seither werden - geleitet von „vitalen Interessen" - alle nur erdenklichen Mittel zur Anwen-

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM
☐ 15 Ausgaben/30,- DM

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und ich erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

dung gebracht, um die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels", den „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" und die „Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse"[5] sicher zu stellen: im Sinne *deutscher* Kapitalstrategien; begründet auf *deutsche* Wirtschaftskraft; durchgesetzt mit Hilfe *deutschen* Militärs.

Um die mit diesem Globalisierungswahn des Kapitals einhergehenden „Opfer" der in der BRD lebenden Menschen im Innern öffentlichkeitswirksam legitimieren zu können, bedarf es des Einsatzes ideologischer Waffen. Durch einen v. a. von der regierenden Rechten gesteigerten Nationalismus und Rassismus sollen zunehmende gesellschaftliche Polarisierungen (*innerhalb* der zur „deutschen Volksgemeinschaft" zählenden Schichten) im Sinne der herrschenden Eliten überbrückt werden. Dem Kampf für die Sicherung des „Wirtschaftsstandorts Deutschland" werden alle anderen Fragen untergeordnet:

„[A]lles, von der Sozial- über die Bildungs-, Wissenschafts- und Umwelt- bis hin zur Kulturpolitik, [hat sich] dem Diktat der »Standortsicherung«, das heißt der Schaffung profitabler Rahmenbedingungen für ein global operierendes Kapital, zu unterwerfen."[6]

Dabei kommt den staatsloyalen Medien die propagandistische Aufgabe zu, sich als effektives Mittel der Massenmobilisierung zu bewähren.

An diesem Punkt haben wir vor eineinhalb Jahren mit dem *Gegen*entwurf eines (überregional operierenden) Printmediums angesetzt, das sich seitdem der Aufgabe des Aufbaus einer starken linksradikalen Widerstandspresse und der Vorantreibung freier Kommunikation und Diskussion verschrieben hat. Um einen plastischeren Eindruck der daran gekoppelten Arbeitsfelder vermitteln zu können, wird nun ein chronologisch aufgebauter Rückblick auf die mit der *Sabotage* gemachten Erfahrungen erfolgen:

Die Gründungszeit der überregionalen *Sabotage*

Um dem Bemühen, die regionale Begrenztheit der autonomen Zusammenhänge in Form einer politischen Zeitung zu überwinden, *offensichtlichen* Ausdruck zu verleihen, schloß sich das Autonome Aktionskomitee Darmstadt[7] mit dem Autonomen Redaktionskollektiv Heidelberg[8] zu einer gemeinschaftlich agierenden Redaktionsgruppe zusammen. Diese Gruppe unternahm dann ab September 1996 den „mit regem Engagement verbundenen Versuch, im Rhein-Main-Neckar-Raum ein autonomes antifaschistisches Zeitungsprojekt zu installieren, dem sich perspektivisch weitere Gruppen aus anderen Städten/Gebieten anschließen sollten"[9]:

„Ziel ist es, die *Sabotage* zu einem Medium für die Zusammenarbeit von Gruppen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen im Rhein-Main-Neckar-Raum heranwachsen zu lassen."[10]

Als Zeitungstitel wurde der Name des aus dem *Autonomen Info* Darmstadt hervorgegangen Printmediums übernommen, das sich „als Diskussionsforum für die Neubestimmung linksradikaler revolutionärer Politik [mit dem Arbeitsschwerpunkt] Organisierung hin zu einer gesellschaftlich und politisch relevanten Gegenmacht"[11] begriff/begriffen hatte: ***SABOTAGE***[12].

68161 MANNHEIM
S1-17
TEL. 0621 - 29 14 00

NOSFERATU
MODE FÜR UNERSCHROCKENE

MODE AUS ENGLAND
DR. MARTENS & RANGERS
SHOES AND BOOTS
STREETWEAR
DIRECTIONS HAIRCOLOURS
ACCESSOIRES

IN DEN SEITENTAGE
NOSFERATU
GOTHIC

PIERCINGSTUDIO
HEADSHOP
SECOND HAND ABTEILUNG
LACKMODE
"ALCHEMY" ACCESSOIRES

Auch wenn die Angabe dieses Arbeitsschwerpunktes bereits implizierte, mit der Realisierung des Projekts „Sabotage" den Blick über den eigenen „autonomen Tellerrand" wagen zu wollen, wurde sich redaktionsintern auf folgenden Untertitel geeinigt: »*Zeitung für den Aufbau des autonomen antifaschistischen Widerstands im Rhein-Main-Neckar-Raum*«.

Dieser Untertitel ging aber

- von Anfang an an den von der Redaktion geschaffenen inhaltlichen Realitäten vorbei.
- Von Anfang an war er ungeeignet, bereits auf dem Cover den redaktionellen Anspruch zu transportieren, „den mit diversen Klischees besetzten Begriff von »autonomem Antifaschismus« zu erweitern, und zwar im Sinne des Heranwachsens zu einer allgemeinpolitisch handelnden Kraft und zu einem Faktor in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen."[13]
- Von Anfang an wurde durch ihn *nicht* deutlich, daß die in der *Sabo* repräsentierte Themen**vielfalt** die „Begrenztheit" des (glorifizierten) „autonomen antifaschistischen Widerstands" sprengen und so „die Verknüpfung verschiedener politischer Kämpfe in einem parallelen Prozeß von Diskussion und Praxis"[14] ermöglichen würde.
- Von Anfang an wurde durch ihn *nicht* klar, daß das in der *Sabo* abgedeckte **breite** Spektrum an Politikfeldern erst auf den „zweiten Blick" etwas mit dem „klassischen" autonomen Antifaschismus zu tun hatte.

- Von Anfang an waren neben den „autonom" beziehungsweise „antifaschistisch" besetzten Politikfeldern wie „Antirassismus", „Ethnopluralismus" oder „FantiFa" nämlich *auch* Artikel zu Themen vertreten, von denen die primär anvisierte Klientel „nur" punktuell/kampagnenpolitisch tangiert wurde.

Dazu gehörten antiimperialistische Artikel zu Chiapas, zur deutschen Kriegspolitik in Jugoslawien, zur NATO-Tagung in Berlin usw. genauso wie die Anti-AKW-Bewegung oder der Schwarze Widerstand in den USA. Auch Texte zur Geschichte des Widerstands oder zu den politischen Gefangenen in der BRD, in den USA, in Spanien oder aus der sogenannten „Tierrechtsszene" zählten nicht oder nicht immer zu den Bereichen, unter die sich die Aufgabenfelder der „Antifas" oder der „Autonomen" reibungslos subsumieren lassen.

Die Entwicklung der überregionalen *Sabotage* bis zum Bruch mit dem Darmstädter Redaktionsteil

Auch wenn diese falsche/überhöhende Selbsteinschätzung der „Funktion" der *Sabotage* - nämlich als das (womöglich einzige) Verlautbarungsorgan für den (noch zu leistenden) Aufbau des autonomen antifaschistischen Widerstands im ganzen Rhein-Main-Neckar-Raum fungieren zu wollen - bereits viel früher zu einer konsequentenreichen Reflexion innerhalb der Redaktion hätte führen müssen, ging das Zeitungsprojekt zunächst einmal in dieser (unbefriedigenden) Form seinen monatlich rhythmisierten Lauf.

Schon bald stellte sich aber heraus, daß sich der „anfänglich mit regem Engagement verbundene Versuch, im Rhein-Main-Neckar-Raum ein autonomes antifaschistisches Zeitungsprojekt zu installieren, dem sich perspektivisch weitere Gruppen aus anderen Städten/Gebieten anschließen sollten“[15], zu einem einseitig auf den Schultern der Heidelberger Gruppe lastenden Projekt entwickelte.
Der Darmstädter Teil wurde aufgrund interner Schwierigkeiten, unzuverlässiger Organisationsstrukturen und negativer „äußerer“ Umstände immer unproduktiver und unverbindlicher. Eine überregionale Zusammenarbeit war auf dieser Basis bald nicht mehr möglich. Und so wurde im September 1996 das „überregionale, maßgeblich von zwei Städten aus koordinierte Zeitungsprojekt *Sabotage*“[16] für gescheitert erklärt. Die *Sabotage* war tot - Lang sollte die *Sabotage* leben!

Die Entwicklung der vom Heidelberger Redaktionskollektiv herausgegebenen *Sabotage*

Von diesem Zeitpunkt an wurde die *Sabotage* - mit etwas anderen politischen Vorzeichen - nur noch vom Heidelberger Redaktionskollektiv herausgegeben. Auch wenn sich dadurch an der inhaltlichen Ausrichtung der Zeitung nicht *viel* verschob, so wurden doch einige konzeptionelle Änderungen vorgenommen, die sich zunächst nur layouttechnisch äußerten. Parallel dazu fand aber innerhalb des zusammengeschrumpften Redaktionskollektivs ein Umdenkungsprozeß statt, der bald zu weitreichenderen Konsequenzen führen sollte.
Mit der Auflösung des Darmstädter Redaktionsteils war die verbliebene Heidelberger Gruppe wieder in umfangreicherem Maße auf *die* Region „zurückgeworfen“, die ihr unmittelbares Aktionsfeld bildete: den Rhein-Neckar-Raum. Aus diesem Grunde wurde das Wort „Main“ - „der offensichtlichste Ausdruck für das Bemühen, die regionale Begrenztheit unserer Zusammenhänge in Form einer politischen Zeitung zu überwinden“[17] - aus dem (ohnehin unbefriedigenden) Untertitel herausgenommen. Der Redaktionssitz befand sich von nun an in Heidelberg; Post geht seither ans Autonome Zentrum Heidelberg. Obwohl gerade auch in dieser Übergangsphase versucht wurde, den Charakter der Zeitung *nicht* zum bloßen „Programmheft des Autonomen Zentrums“ zusammenschrumpfen zu lassen, konnten viele der *Sabo*-LeserInnen zwischen einer unabhängig arbeitenden Radaktion und den „VerwalterInnen“ des AZ *nicht* differenzieren. Die Zeitung war für viele plötzlich wieder das „AZ-Programm“[18] ...

... Fortsetzung folgt!

Autonomes Redaktionskollektiv

Anmerkungen:

1 Heiko Langanke: **Die extreme Rechte in der Bundesrepublik** - *Ideen, Ideologien, Interpretationen*, Berlin/Hamburg: Argument Verlag (Edition Philosophie und Sozialwissenschaften 38), 1996, Seite 85 (4.3 *Der Wertewandel in der politischen Kultur*)

2 Ebd., Seiten 81/82 (4.2 *Der Regierungswechsel Kohl - Die Öffnung der Mitte für die extreme Rechte*)

3 Vgl. Gerhard Paul: „*Der Schatten Hitlers verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in den achtziger Jahren*“, in: ders. (Hrsg.): **Hitlers Schatten verblaßt** - *Die Normalisierung des Rechtsextremismus*, Bonn: 1990, Seite 12

4 Georg Fülberth: „*Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland*“, in: Joachim Streisand: **Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart** - *Eine Einführung*, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag (Kleine Bibliothek; 290), 1983 (Vierte Auflage), Seite 552 (6. *Die sozialliberale Koalition II: Stagnationsphase und Scheitern [1974 - 1982]*)

5 aus den verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahre 1992

6 Joachim Hirsch: **Der nationale Wettbewerbsstaat**. *Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1996 (Zweite Auflage), Seite 7 (*Vorwort*)

7 Herausgeber des **Autonomen Infos** DA

8 Herausgeber des **Programmheftes** des Autonomen Zentrums HD

9 Autonomes Redaktionskollektiv: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt", in: dasselbe (Hrsg.), **Sabotage** - *Zeitung für den Aufbau des autonomen antifaschistischen Widerstands im Rhein-Neckar-Raum,* Heidelberg: September 1996, Seite 2

10 Autonomes Redaktionskollektiv: „Wir sind schon schlimm!", in: dasselbe (Hrsg.), **Sabotage** - *Zeitung für den Aufbau des autonomen antifaschistischen Widerstands im Rhein-Main-Neckar-Raum*, Darmstadt/Heidelberg: September 1995, Seite 2

11 aus dem Vorwort zur **Sabotage** - *Darmstädter Zeitung für den Aufbau des autonomen antifaschistischen Widerstands*, Darmstadt: Juni 1995, Seite 2

12 Dieser aus dem Französischen stammende Begriff, mit dem die „im Verborgenen betriebene planmäßige Störtätigkeit" bezeichnet wird, wird hierbei metaphorisch verwandt als vorsätzliche Schädigung *jener* politischen, ökonomischen, militärischen, kulturellen, wissenschaftlichen und bürokratischen Institutionen, die im weitesten Sinne am Aufbau / an der Aufrechterhaltung klassistischer, rassistischer, patriarchaler Systeme gesellschaftlicher Ungleichheit mitwirken.

13 Das autonome Redaktionskollektiv Heidelberg: „Ein Jahr Sabotage: Das Resümee", in: dasselbe (Hrsg.), **Sabotage** - *Zeitung für den Aufbau des autonomen antifaschistischen Widerstands im Rhein-Neckar-Raum*, Heidelberg: September 1996, Seite 24 (Rubrik „sonstige sabotage")

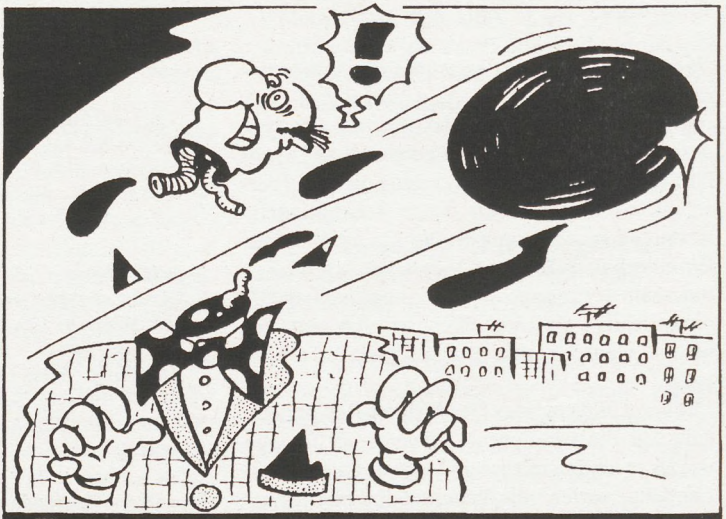
14 aus dem Editorial zur **Sabotage** - *Zeitung für den Aufbau des autonomen antifaschistischen Widerstands im Rhein-Main-Neckar-Raum*, Darmstadt/Heidelberg: Oktober 1995, Seite 2

15 Autonomes Redaktionskollektiv: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt", a.a.O. (Anmerkung 9), ebd.

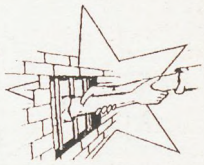
16 Ebd.

17 Ebd., Seite 3

18 Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß sich das Redaktionskollektiv zu allen im Autonomen Zentrum Heidelberg stattfindenden politischen und kulturellen Veranstaltungen solidarisch erklärt und dieser Solidarität dadurch Ausdruck verleiht, daß es jeden Monat dessen Programmübersicht und Veranstaltungskalender abdruckt. Ansonsten aber ist die *Sabotage* ein vom AZ unabhängiges Projekt.



LP
Scharfe Scheiben aus dem Untergrund · Records · CD's
LP SCHALLPLATTEN-LADEN BERGHEIMERSTRASSE 29
69115 HEIDELBERG TELEFON 06221 / 16 16 94



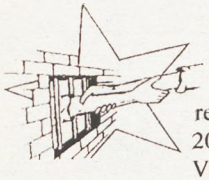
Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen

Wir hatten in der letzten Sabo *einen Text des* Infobüros für die Freiheit der politischen Gefangenen Heidelberg *abgedruckt, in dem dieses zum bundesweiten* ***Aktionstag 18. März*** *seine Solidarität mit den politischen Gefangenen zum Ausdruck brachte. Deshalb führte es an diesem Tag im Karlstorbahnhof unter dem Motto „Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF" eine Veranstaltung zur Geschichte militanten und bewaffneten Widerstands in der BRD der letzten 30 Jahre durch. Einen Tag vorher hatte aus gleichem Anlaß die Rote Hilfe Ortsgruppe Heidelberg einen Informations- und Diskussionsabend zum Thema „Baskische politische Gefangene" organisiert. Vor etwa 40 Gästen sprachen eine Vertreterin der baskischen Gefangenenhilfsorganisation „Gestoras pro Amnestia" und ein ehemaliger baskischer politischer Gefangener über die Lage im Baskenland, den seit September 1996 laufenden Hungerstreik, über Folter in Spanien und ihren Versuch, sich international zu vernetzen. Im folgenden dokumentieren wir den vom Bundesvorstand der* Roten Hilfe e. V. *herausgegebenen Text zur bundesweiten Veranstaltungsreihe:* *-Sabotage*

Der 18. März wird 1997 zum zweiten Mal zum bundesweiten Aktionstag, diesmal unter dem Motto „Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung". Dieser Aktionstag soll insbesondere dazu dienen, sich international für politische Gefangene einzusetzen. Wie wichtig ein solcher Tag ist, zeigen allein die Kämpfe der politischen Gefangenen, die im letzten Jahr ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit geraten sind: Der Hungerstreik politischer Gefangener in der Türkei, die Botschaftsbesetzung in Peru und der Hungerstreik von baskischen politischen Gefangenen. Die Rote Hilfe e. V. veranstaltet[e] aus Anlaß des 18. März in neun Städten eine bundesweite Veranstaltungsreihe mit einer Verteterin der baskischen Gefangenenhilfsorganisation „Gestoras pro Amnestia" und einem ehemaligen baskischen politschen Gefangenen, um die Öffentlichkeit und Solidarität für die politischen Gefangenen zu schaffen.

Die Lage der baskischen politischen Gefangenen

In Spanien und Frankreich gibt es zur Zeit ca. 550 baskische politische Gefangene. 1987 wurden die Gefangenen, die bis dahin in großen Gruppen zusammen inhaftiert waren, in über 100 Knäste in Einzelisolation gesteckt. Die Gefängnisse liegen in der Regel weit von den Lebensorten der Gefangenen im Baskenland entfernt: Auf den über 3.000 Kilometer entfernten Kanarischen Inseln und in den nordafrikanischen Kolonien Ceuta und Melilla sitzen mehr baskische Gefangene als im Baskenland ein. Angehörige und FreundInnen müssen also bis zu 6.000 Kilometer für einen Besuch



reisen, der dann nicht länger als 20 Minuten dauert.

Viele politische Gefangene sind durch die lange Isolationshaft schwer, teilweise unheilbar krank. Die Entlassung, die haftunfähigen Gefangenen nach dem spanischen Strafvollzugsgesetz zusteht, wird von dem Sondergericht für politische Verfahren (Audiencia Nacional) mit der Bedingung verknüpft, daß die Gefangenen öffentlich ihrer politischen Überzeugung abschwören sollen. Dies gilt ebenso für die Gefangenen, die nach dem spanischen Recht nach ¾ ihrer Haftzeit auf Bewährung freikommen müßten. Schon neun baskische Gefangene sind durch medizinische Unterversorgung im Gefängnis gestorben. Wenn Gefangene zu Untersuchungen oder Operationen in öffentliche Krankenhäuser überführt werden, bleiben sie mit Armen und Beinen an Tragen gefesselt. Selbst gynäkologische Untersuchungen finden nur unter Überwachung von Mitgliedern der Guardia Civil statt. Die Gefangenen werden regelmäßig, insbesondere bei Überführungen, von Gefängniswärtern und der Guardia Civil mißhandelt und gefoltert.

Hungerstreik

Seit September 1996 befinden sich die politischen Gefangenen in einer Hungerstreikkette. Sie fordern die Zusammenlegung der Gefangenen im Baskenland, die Anerkennung als politische Gefangene, die Freilassung der Haftunfähigen und die Freilassung der Gefangenen, die bereits ¾ ihrer Haftstrafe abgesessen haben. Der Hungerstreik soll auch dazu dienen, elementare Menschenrechte durchzusetzen: Das Recht auf freie Verteidigung, auf Lernmöglichkeiten, auf Information und auf physische und psychische Unversehrtheit. Der Hungerstreik und die Forderungen der Gefangenen wurde von zahlreichen öffentlichen Aktionen begleitet. Seit Dezember 1995 beteiligten sich Angehörige oder Mitglieder von politischen und gesellschaftlichen Gruppen wechselnd an einen Solidaritätshungerstreik. Im Oktober gingen parallel in neun europäischen Städten Angehörige der politischen Gefangenen ebenfalls in einem Solidaritätshungerstreik; allein in Berlin beteiligten sich rund 100 Angehörige an dieser Aktion. Im November beteiligten sich über 50.000 Personen an einer Solidaritätsdemonstration in Donosti (San Sebastian).

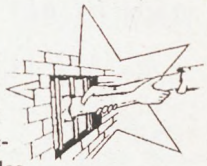
Folter in Spanien

Folter ist in Spanien kein Einzelfall, sonder wird systematisch gegen politisch Verfolgte eingesetzt. Vor allem bei Festnahmen und in der Untersuchungshaft, der sogenannten „incomunicado-Haft", wird Folter eingesetzt. Personen, die mit politischem Hintergrund verhaftet werden, werden bis zu fünf Tage in „incomunicado-Haft" gehalten. In dieser Zeit sind sie völlig isoliert, sie haben nicht das Recht auf Kontakt zu einem/r Anwältin oder zu ihren Angehörigen. Während der „incomunicado-Haft" foltern und mißhandeln die Guardia Civil und andere Polizeikräfte die Festgenommenen, um Aussagen zu erzwingen. Die Methoden reichen von Fußtritten, Schlägen mit Gegenständen, Überstülpen von Plastiktüten bis die Gefolterten fast ersticken, Elektroschocks, sexuellem Mißbrauch bis hin zur Verabreichung von halluzinogenen Drogen und Scheinexekutionen.

RechtsanwältInnen, internationale Menschenrechtsgruppen, wie amnesty international, aber auch die VertreterInnen der UN-Menschenrechtskommission prangern seit Jahren die Bedingungen der politischen Gefangenen an. Doch trotz internationaler Proteste setzt der spanische Staat die Maßnahmen gegen die politischen Gefangenen und die Folter weiter fort. Dies geschieht mit offener Rückendeckung der EU-Staaten, die Spanien dabei unterstützen.

Internationale Kooperation

Die Veränderungen der Haftbedingungen wurden durchgesetzt, nachdem Spanien in den 80er Jahren seinen Beitritt zur damaligen EU und zur NATO vorbereitete. Auf Druck internationaler Gremien, wie der TREVI-Konverenz, hatte der spanische Staat daraufhin die Gefangenenkollektive zerschlagen und setzte ebenfalls die Isolationshaft durch, wie sie in den anderen EU-Staaten seit den 70er Jahren praktiziert wird. Die Bedin-



gungen der politischen Gefangenen sind also auf das engste mit der internationalen Verflechtung im Bereich der Inneren Sicherheit verbunden und können nicht isoliert betrachtet werden. Die Situation der politischen Gefangenen im spanischen Staat ist daher trotz einiger Differenzierungen nur exemplarisch für die Situation der politischen Gefangenen in West-Europa.
Die gemeinsame Strategie der NATO und EU-Staaten im Bereich der Aufstandsbekämpfung deckt und fördert so den spanischen Staat in seiner Praxis gegenüber politischen Gefangenen.

Folter - kein Problem

Deutlich wurde das Zusammenwirken der Sicherheitsapparate im Auslieferungsverfahren von Benjamin Ramos Vega. Ramos Vega wurde 1996 von der BRD nach Spanien ausgeliefert. Die Vorwürfe gegen ihn, Anmietung einer Wohnung für die ETA, wurden in Spanien unter Folter erpreßt. In dem Auslieferungsverfahren wurden durch das zuständige Berliner Kammergericht zunächst erhebliche Bedenken wegen der Folter gegen eine Auslieferung erhoben. Die spanische Regierung übte direkt und über internationale Konferenzen massiven Druck auf das Verfahren aus. In einer zweiten Entscheidung wurden daraufhin die Bedenken durch das Kammergericht vom Tisch gewischt und der Auslieferung zugestimmt. Die daraufhin eingelegte Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG), die vor allem darauf abzielte, die unter Folter erpreßten, belastenden Aussagen als Auslieferungshindernis anzuerkennen, wurden abgewiesen. In der Begründung des BVG wurde Folter sogar ausdrücklich zum legitimen Mittel erklärt, das mit rechtsstaatlichen Normen vereinbar sei. Unmittelbar nach der Entscheidung des BVG wurde Ramos Vega ausgeliefert, obwohl in der BRD noch sein Asylverfahren lief. Nicht einmal die Anwältin wurde über die Auslieferung informiert, so daß ihr jede Möglichkeit genommen wurde, weitere Rechtsmittel einzulegen.

Die enge Verbindung der europäischen Staaten macht deutlich, warum die Situation der politischen Gefangenen nirgendwo isoliert betrachtet werden kann. Die politischen Gefangenen brauchen internationale Solidarität, um ihre Bedingungen zu verbessern und ihre Freilassung durchzusetzen. Die Veranstaltungsreihe der Roten Hilfe ist ein Beitrag zur internationalen Solidarität.

Solidarität ist eine Waffe!

Hoch die internationale Solidarität !

Rote Hilfe e. V. Kiel

Quer gestellt! - Tag X³

Wir hatten Ende März 1997 die Gelegenheit, mit einem Anti-AKW-Aktivisten aus der autonomen Szene ein Gespräch über den dritten Castor-Transport ins Wendland und die dagegen laufenden Protestaktionen zu führen. Während wir in den letzten Monaten und Jahren unter der Rubrik „anti-akw-bewegung" eher auf sogenannte „Reiseberichte" zurückgegriffen hatten, kam uns Mitte März die Idee, dieses Mal eine für die Sabo *ganz neue Form der Öffentlichkeitsarbeit zu wählen: das Interview mit einem Menschen, der drei Tage lang im Wendland war, um zusammen mit vielen anderen dem Kampf gegen den bürgerlich-kapitalistischen Atomstaat militanten Ausdruck zu verleihen. Wir werden ihn im folgenden Wacker wie Dorf (WwD) nennen:*

Sabotage: *Erzähl doch zunächst mal, was dich auf die Idee gebracht hat, ins Wendland zu fahren.*

Wacker wie Dorf: Zunächst natürlich mal, um dem Atomstaat kein sicheres Hinterland zu lassen, um mich mit der dortigen Bevölkerung zu solidarisieren und militanten Widerstand zu leisten. Du mußt dir vorstellen, daß diese wirtschaftlich am meisten betroffene Region in permanentem Ausnahmezustand gehalten wird, daß die Bullenpräsenz unglaublich hoch ist.

S: *Wieso hast du dich während der Tage, an denen du im Wendland Widerstand geleistet hast, den „Autonomen" „angeschlossen" und nicht dem sogenannten „gewaltfreien Widerstand", der sich wie immer in ganz anderen Formen ausdrückte?*

WwD: Ich bin da nicht hingefahren, um ein nettes Happening zu veranstalten. Ich sehe in dieser „Gewaltlosigkeit" nur eine äußerst ineffektive Aktionsform, die den Staat im Endeffekt eher in Kauf nimmt, also akzeptiert. Ich sehe mich in einer Art „Notwehrsituation" und reagiere deshalb mit „Militanz" auf die eindeutig vom Staat ausgehende Gewalt.

S: *Gab es im Wendland innerhalb der Castor-GegnerInnen Auseinandersetzungen zwischen „Gewaltfreien" und „Militanten"?*

WwD: Ja, das gab es eigentlich immer wieder mal. Woran ich mich noch gut erinnern kann, war folgendes: Weil die Südstrecke bereits unpassierbar gemacht worden war - vor allem durch Straßenunterhöhlungen - haben wir am dritten Tag, an dem ich oben war, massiv versucht, die Nordstrekke bei Quickborn zu blockieren beziehungsweise ebenfalls so kaputt zu machen, daß ein so schwerer Transporter nicht mehr hätte drüberfahren können. Wir haben aus dem an der Strecke liegenden Wald heraus agiert. Zunächst waren da nur wenige Bullen, die wir dann auch zurückgedrängt haben, um uns ungehindert unseren Sabotageaktionen widmen zu können. Dann haben sich die Bullen, die jetzt wieder mehr waren, formiert. Wir haben den Überraschungseffekt ausgenutzt und sie angegriffen: Steine, Stöcke und so. Dann haben sich auf einmal „Gewaltfreie" dazwischengestellt, worauf es unter „Keine Steine, keine Steine!"-Gegröle zu Handgreiflichkeiten kam. Sie haben uns als „Autonome Arschlöcher" und so beschimpft. Und daß wir ihre

Widerstandsformen zunichte machen würden mit unseren Aktionen.

S: *Was hältst du denn von dieser bei solchen Aktionen immer wieder offen zu tage tretenden „klassischen Dichotomie" (Gewaltfreiheit <=> Militanz), die natürlich integraler Bestandteil des wirkungsvollen „Teile und Herrsche"- Kalküls der staatlich subventionierten Atomlobby ist, nämlich sozial bewegten, massenhaft geäußerten Widerstand in einen „guten" und einen „schlechten" aufzusplitten?*

WwD: Ja, das ist wirklich ein Problem. Die BI Lüchow-Dannenberg hat deshalb immer wieder betont, zwar „gewaltfreien Widerstand" zu leisten und *nur* diesen, aber gleichzeitig auf gar keinen Fall „die Zensurbehörde der Bewegung" spielen zu wollen. Genau so leisten wir *unseren* Widerstand, eben den „militanten". Das heißt: Gegenseitige Akzeptanz und Ergänzung der einzelnen Widerstandsformen! Im übrigen sollten wir uns vom Kalkül der Herrschenden nicht blenden lassen: Militanter Widerstand muß koordiniert, effektiv, zielgerichtet, zweckorientiert und nicht stumpfsinnig sein, dann kann dieses Kalkül auch nicht aufgehen.

S: *Was haben die unglaublich vielen ErfüllungsgehilfInnen des bürgerlich-kapitalistischen Systems vor Ort unternommen, um den Widerstand in einer für die „liberale" Öffentlichkeit unerkennbaren Form zu brechen oder ins Leere laufen zu lassen? Gab es Agents provocateurs, die völlig unsinnige, gefährliche Aktionen initiiert haben, bei denen dann bald, aber vielleicht schon zu spät klar war, daß es vermeidbare Verletzte oder Festnahmen geben würde?*

WwD: Das kenn ich ja auch von anderen Demos, daß das möglich ist, aber dieses Mal war es wirklich so gut koordiniert und unter den Leuten abgesprochen, daß ich Initiierungen solcher gefährlicher Aktionen fast für ausgeschlossen halte. Obwohl die vielen Plena der unterschiedlichsten Gruppen auf den Camps ja ziemlich offen waren.
Auch bei der einen heftigeren „Nacht-Aktion" aus dem Wald heraus ist mir so etwas nicht aufgefallen, als beim Versuch, Barris zu bauen, *so* viele Bullen aufgetaucht sind, daß wir sie mit Mollis und Steinen zurückdrängen mußten. Auch beim daraufhin einsetzenden massiven Bullenangriff mit Wasserwerfern, in dessen Verlauf es einige Verletzte auf unserer Seite gegeben hat, sind mir schon allein wegen der Dunkelheit solche Geschichten nicht aufgefallen. Die Bullen haben in ihrer Verzweiflung Leuchtspur in den dichten Wald geschossen, um ihn hell zu erleuchten. Er war ja Schutz-, Aktions- und Rückzugsgebiet zugleich. Und da dann noch Agents provocateurs einzusetzen - schwierig.

S: *Wieso haben sie das Camp, auf dem auch du warst, nicht plattgemacht?*

WwD: Ich glaube, weil sie *so* auf den Schutz der Straße fixiert waren, daß ein „Ausscheren" auf andere Gebiete nicht vorgesehen war. Außerdem hätten sie auch gar keinen Platz mehr gehabt, um die Festgenommenen zu verwahren. Wo denn auch? Und die Hallen, die dafür vorgesehen waren, wurden dann noch von SchülerInnen aus der Gegend für die Tage des Transportes besetzt gehalten.

S: *Wie war die Reaktion der dortigen Bevölkerung auf euch?*

WwD: Saugeil. Die eher ländlich-bäuerliche Bevölkerung dort hat uns geschützt, geholfen und tatkräftig unterstützt. Denen mußt du nicht mehr erzählen, wo der Feind steht. Sie gaben uns Reifen für den Barribau, Wasser zum Trinken, teilweise Unterkunft; sie haben mit ihren Traktoren als eine Art „Prellbock" gegen Bullenangriffe fungiert usw. Vor allem die „Bäuerliche Notgemeinschaft" hat mich beeindruckt. Sie kämpft seit 1979 für die Existenz ihrer Höfe.
Ansonsten hat es auch positive Reaktionen der dortigen Bevölkerung selbst auf militanten Widerstand gegeben. Hier wurden Vorurteile abgebaut. Es wird nicht mehr von „Chaoten" gesprochen, sondern von „Autonomen" oder von „militanten Widerständlern".

S: *Würdest du Castor Nix³ als Erfolg werten? Und wenn „ja": Für wen und warum?*

WwD: Hier will ich kein eindeutiges „JA" geben, sondern eher von einem Teilerfolg sprechen. Zwar konnten die mit dem Transport verbundenen Kosten vor allem durch unseren militanten Widerstand enorm in die Höhe getrieben werden - ich glaube auf mehr als 100 Millionen Deutschmark; auf der ganzen Strecke gab es immer wieder Verzögerungen, Sachschäden; der Bulleneinsatz war der größte der Nachkriegsgeschichte. Außerdem kann eindeutig von einem gelungenen Comeback der totgeglaubten Anti-AKW-Bewegung gesprochen werden. Der Widerstand war bestimmt nicht umsonst; es konnte gezeigt werden, daß der Atomstaat an seinen empfindlichen Stellen angreifbar ist. Vielen ist in diesen Tagen auch die Angst vor Bullen genommen worden. Das ist die eine Seite, die *erfolgreiche*.
Die andere ist die, daß mensch sich nicht allzu viele Illusionen machen sollte: Es gibt auf der ganzen Welt jährlich nahezu *hunderttausend* Atommülltransporte, gegen die nicht allzu viel unternommen wird. Von der BRD aus werden jährlich zwischen 60 und 100 Transporte mit hochradioaktivem beziehungsweise wärmebehandeltem Abfall aus deutschen AKWs ins Ausland organisiert.

Im übrigen war die Reaktion der Medien von „Entsetzen" geprägt: ich habe mich auch über die Fernsehberichte gewundert, in denen fast nur Randalebilder gezeigt wurden von den „bösen Autonomen" - obwohl der Widerstand viel fantasievoller war als das Gezeigte. Ja, und dann kann nicht genau gesagt werden, ob durch solche Aktionen ein *wirkliches* Umdenken mit einer antikapitalistischen Stoßrichtung aktiviert werden kann. Wir haben es mit der teuersten Energiegewinnung überhaupt zu tun, die fetten Konzerne investieren Milliardenbeträge in Projekte, die uns alle bedrohen - nur des Profites wegen. Deshalb sind ja auch viele da gewesen, nicht aus einem ökologischen Bewußtsein heraus, sondern weil hier mit einer brachial auftretenden Staatsgewalt ein kapitalistisches Projekt gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden soll. Weil es den KapitalistInnen um eines ihrer Standbeine geht. Zu diesem Zwecke soll uns eingetrichtert werden, daß es keine Alternative zur Atomenergie, keine regenerative Energie gebe.

S: *Konnte diese antikapitalistische Dimension, diese über den bloßen Protest gegen ein menschen- und naturgefährdendes Programm des parlamentarisch-"demokratischen" Staates hinausgehende Perspektive transparent gemacht werden? Und was ist mit dem alten, auch von links kommenden Vorwurf der „kampagnenpolitisch eingebundenen Ein-Punkt-Bewegung", die mit der (zufälligen oder tatsächlich herbeigeführten) Beendigung der angegriffenen Projekte wieder ins Leere verpufft?*

WwD: Nein, bei den Menschen zumindest, die dort leben, leider nicht. Sie kommen ja nicht aus „autonomen Zusammenhängen", sondern aus einem durch und durch bürgerlichen Spektrum. Sie sehen nur das Unmittelbare, die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage - und daß es Leute gibt, die mit ihnen zusammen Widerstand gegen die ZerstörerInnen leisten.
Und das mit dem „Ins-Leere-Verpuffen" würde ich auf jeden Fall verneinen, weil hier absehbar ist, daß es einen kontinuierlichen Widerstand geben muß und auch geben wird: die wollen noch etwa 4300 Tonnen hochradioaktiven beziehungsweise wärmebehandelten Atomabfall da hinkarren. Die Leute werden nicht aufhören, sich zu widersetzen. Und vielleicht ist das dann auch eine Möglichkeit, sie für weitreichendere Sachen zu sensibilisieren.

S: *Würdest du zum möglichen vierten Transport wieder ins Wendland fahren?*

WwD: Ja, klar, und nicht nur das, ich würde auch versuchen, bereits auf der Strecke mich an diversen Sabotageaktionen zu beteiligen. Ich gehe davon aus, daß es einen vierten Transport ins Wendland geben wird. Dann bin ich wieder dabei.
Ansonsten hat ja jetzt die „Standortdebatte" für weitere Zwischenlager begonnen. Vielleicht haben wir bald ein Zwischenlager vor der Haustüre, also in Baden-Württemberg oder in Bayern.

S: *Okay, wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen dir viel Erfolg bei weiteren Aktionen.*

WwD: Danke und:

AUF DASS DEM ATOMSTAAT DIE ZÄHNE AUSFALLEN!

Das Autonome Zentrum im April

Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00

1 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - So)** 20.00 Vokü und Kneipe von **Out of Despair** 21.00 Konzert mit **BLACK FLAG** (unplugged)
2 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Café **ARAVANADI** 21.00 Spieleabend
3 Do	20.00 Vokü und Kneipe
4 Fr	20.00 **Palästina Kneipe** mit zwei Filmen ab 21.00 **AUSGANGSSPERRE** und **PALÄSTINA**
5 Sa	
6 So	11.00 **Frühstück** 20.00 Kneipe der **SO Crew**
7 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
8 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr)** 20.00 **Picnik mit Nicnik**
18 Fr	21.00 **FrauenLesben Disco**
19 Sa	
20 So	20.00 Kneipe der **SO Crew** mit Film ab: 21.00 **DER PANNWITZBLICK** (auf Videobeamer!)
21 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
22 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr)** 20.00 Vokü und Kneipe
23 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Café **ARAVANADI**
24 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit dem Koch **Raphael** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben 21.30 Konzert mit den beiden Ska-Punk-Bands **EX-CATHEDRA & MACHINE GUN ETIQUETTE** aus Glasgow
25 Fr	20.00 Kneipe des **Roten Splitters** mit Film ab: 21.00 **BRAZIL** (auf Videobeamer!)

Di	[illegible]
9 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 **Wiener Kaffeehaus** mit der **LaBuStrá** 21.00 **CAROMTURNIER**
10 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit dem Koch **Raphael** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
11 Fr	20.00 Kneipe der **Autonomen Antifa HD**
12 Sa	22.00 **Solidaritäts-Disco** für das Infotelefon **GARFIELD** Musik: Pop/Indie
13 So	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (So - Do)** 20.00 Kneipe der **Antifa Schwarze Lilie** mit Film ab: 21.00 **HASS** (auf Videobeamer!)
14 Mo	20.00 **FrauenLesben-Café** mit Film ab: 21.00 **DIE ZWEI LEBEN DER VERONIKA** (Polen/Frankreich/Deutschland, 1991)
15 Di	20.00 Vokü und Kneipe mit der **Castor-Gruppe**
16 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Motto-Kneipe **ARAVANADI: Black Musik** und Film: **PANTHER** (USA, 1995)
17 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit der **Manischen Weststadt**
Fr	21.00 **BRAZIL** (auf Videobeamer!)
26 Sa	21.30 **Rock gegen Burschenschaften!** mit den **GOLDENEN ZITRONEN** (Support: **Fokker**, danach **DJ United E** [Drum 'n' Bass])
27 So	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (So - Mi)** 20.00 **Informationsveranstaltung** über Studentenverbindungen in Heidelberg
28 Mo	**Frauen- und Lesbentag** 20.00 Vokü & Kneipe für Frauen und Lesben
29 Di	20.00 Vokü und Kneipe **EGATOBAS**
30 Mi	17.00 **Demo gegen Burschenschaften** (Bauhaus) **20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Kneipe des **Antifa AK** der Uni HD

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

Verbindungen kappen! Burschenschaften abschaffen!

In der Nacht zum 1. Mai 1997 werden die Heidelberger Burschenschaften aller Voraussicht nach wieder versuchen, ihr alljährliches „Maiansingen" auf dem Heidelberger Marktplatz durchzuführen. Seit über 100 Jahren dient den reaktionären Männerbünden dieser Anlaß zur Selbstdarstellung. Um ihnen diesen öffentlichen Raum zur Verbreitung ihrer nationalistischen und sexistischen Ideologie zu nehmen und um unsere eigenen Inhalte auf die Straße zu bringen, werden wir am 30. April um 17.00 Uhr eine Demonstration unter dem Motto „Die Verbindungen kappen - Gegen den reaktionären Konsens von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft - Burschenschaften abschaffen !" durchführen.

Während die Burschenschaften anfänglich Teil der bürgerlich-demokratischen Bewegung waren und folglich an der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 teilnahmen, so wurden sie spätestens nach der Reichsgründung von 1871 zu den chauvinistischen Klüngeln, die sie heute immer noch sind. Trotz aller Lippenbekenntnisse zu Freiheit und Demokratie vertreten sie eindeutig rechte bis rechtsextreme Weltanschauungen (wenn wir in den nachfolgenden Texten von „Burschenschaften" reden, dann meinen wir sämtliche Korporationen, benutzen aber, weil er der gängigere ist, den Begriff der „Burschenschaften", auch wenn dieser zugegebenermaßen nicht für alle Korporationen zutreffend ist.)

Eine der wichtigsten Funktionen der Burschenschaften und wohl der Hauptgrund für ihre ungebrochene Attraktivität ist ihre Rolle als kapitalistische Seilschaften. In den Vorstandsetagen der großen Konzerne und Banken ist die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft beinahe ein Muß. Auf jeden Fall ist sie beim Aufstieg in die höheren Regionen der kapitalistischen Elite äußerst dienlich. Einerseits befreit die Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft von jedem Verdacht, fortschrittlichem Gedankengut anzuhängen oder gar ein soziales Gewissen zu haben. Andererseits räumen die Kontakte unter Verbindungsangehörigen, vor allem zu den sogenannten „Alten Herren", die schon Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Politik inne haben, so manchen Stein auf dem Weg nach oben beiseite. Die Kontakte, die schon während der Studienzeit geknüpft werden, sind sozusagen die Eintrittskarte zur nationalen Elite.

Kapitalismus bekämpfen! - Burschenschaften abschaffen!

Burschenschaften sind Männersache. Ihre Traditionen, ihre Rituale, ihre Sprache sind männlich. Exemplarisch steht hierfür ein Zitat aus dem Buch „125 Jahre Heidelberger Allemannen" von 1981 (nicht 1881!!!): „So mögen die jungen Allemannen heranwachsen in unsrer alten Tradition (...) stahlhart im Wollen, ganze Männer und treffliche Führer werden, in der scharfen Luft alter deutscher Disziplin (...). In den Burschenschaften lernt der junge, aufstrebende, traditions- und vaterlandsbewußte Deutsche von heute, wie man sich benimmt. Gegenüber Frauen: Höflich, distanziert, respektvoll (zumindest gegenüber „ehrenhaften" deutschen Frauen). Allerdings nur, bis sie in sein „Eigentum" übergeht. Danach hat sie ihre Rolle zu erfüllen: „Seine" Kinder in die Welt setzen, als Frau an seiner Seite sein Ansehen vergrößern und den Haushalt machen. Auch die spärlich gesäten Frauenverbindungen sind keineswegs ein emanzipatorischer Ansatz, sondern teilen die Ansichten ihrer männlichen Kameraden in den meisten Punkten. Frauen, die nicht anecken wollen, setzen um, was ihnen die Gesellschaft eintrichtert: Sei so schön, wie Claudia Schiffer und koch so gut, wie Mutter Beimer. Die patriarchale Gesellschaft übt nicht nur gegen Frau-

enkörper Gewalt aus, sondern auch gegen ihre Köpfe.

Patriarchat bekämpfen! - Burschenschaften abschaffen!

Alle drei Strophen des „Deutschlandlieds" wollen die Heidelberger Burschenschaften auch dieses Jahr wieder von sich geben. Die „Frankonia" aus Heidelberg äußert sich - durchaus repräsentativ für die meisten anderen Burschenschaften - zur Problematik der ersten Strophe folgendermaßen: „(...) Diese Mißverständnisse verbinden sich mit der Eingangsformulierung („Deutschland, Deutschland über alles") und mit den Grenzaussagen („von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt"). Das zeitgeschichtliche Umfeld der Entstehung des Liedes macht deutlich, daß sich hier zwar durchaus nationales Pathos ausdrückt, aber keine gegen ausländische, d.h. nicht deutsche Staaten gewendeten Ansprüche territorialer oder hegemonialer Art vorgetragen werden."

Als faule Ausrede und pseudodemokratischer Humbug wird diese Aussage allerdings durch ein anderes Zitat der „Frankonia" zum Thema „Vaterland", entlarvt: „Unser Vaterland ist Deutschland. Deutschland ist der von Deutschen bewohnte Raum in Mitteleuropa, einschließlich der Gebiete, aus denen Deutsche widerrechtlich vertrieben wurden."

In der heutigen politischen Situation, nach dem Anschluß der DDR an die BRD und den ersten Kriegseinsätzen der Bundeswehr in Somalia und Jugoslawien, sind solche Äußerungen erst recht ernst zu nehmen.

Nationalismus und Militarismus bekämpfen! - Burschenschaften abschaffen!

Gerne stellen sich Burschenschaften als unpolitisch dar. Wer allerdings die Grenzen Polens, der Tschechischen Republik und anderer Länder in Frage stellt, wer Frauen in ihre althergebrachte Rolle pressen will und wer von der kapitalistischen Ausbeutung profitiert, ist sehr wohl politisch. Und zwar in einer Art und Weise, wie sie von Parteien, angefangen bei CDU/CSU bis hinein ins ultrarechte Lager, bekannt ist.

Kurzer Überblick: Burschenschaften im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.

9. Dezember 1880: Gründung des „Vereins deutscher Studenten (VdSt)". In einer Erklärung zur Satzung des Jahres 1896 heißt es: „Die VdSt dürfen nicht Leute aufnehmen, unter deren Eltern sich getaufte oder ungetaufte Juden befinden". Bereits seit der Gründung des VdSt waren keine jüdischen Studenten zugelassen.

1894: Der Kartellkonvent der „Coburger Landsmannschaften" faßt den satzungsmäßigen Beschluß, keine jüdischen Studenten mehr aufzunehmen.

Bei der blutigen Niederschlagung der Revolution 1919 agieren zahlreiche Mitglieder studentischer Verbindungen in den „Freikorps", Freiwilligenverbänden, die von reaktionären Militärs und Kapitalisten zur Sicherung ihrer Privilegien aufgestellt worden waren.

Seit 1920 dürfen Burschenschafter nicht mehr der KPD oder der SPD angehören.

Seit 1929 ist nur noch die Mitgliedschaft in DNVP und NSDAP erlaubt.

1926: Gründung des NSDStB (Nationalsozialistischer deutscher Studentenbund), dessen Inhalte starke Überschneidungen mit dem Gedankengut der Korporationen aufweist; viele Korporierte werden Mitglied.

10. Mai 1933: Verbrennung „undeutschen Schrifttums" durch Nazis und Korporierte - „völkisch-großdeutsche Solidarität im Kampf gegen marxistisches Unwesen". Die Korporiertenverbände beginnen mit ihrer systematischen Selbstauflösung, Nazis werden in die Vorstände der Dachverbände gewählt, fast alle werden zu „Kameradschaften" des NSDStB.

1935: Die „Deutsche Burschenschaft" übergibt dem Gauleiter Wagner die Fahne der Urburschenschaften und bekennt sich - übereinstimmend mit sämtlichen Verbindungen - vorbehaltlos zum „Geist der nationalsozialistischen Revolution".

nach 1945 werden die Korporationen wegen maßgeblicher Beteiligung am Niedergang der Weimarer Republik und der Unterstützung und Tolerierung der Nationalsozialisten scharf angegriffen; vorerst sind sie durch Alliierte und akademische Gremien verboten ...

Rechtsextremisten in Heidelberger Verbindungen

Im folgenden wollen wir versuchen, anhand von einigen Aktiven bzw. Alten Herren in den Heidelberger Korporationen, deren Nähe und Verbindung zu rechtsextremen Gruppen und Ideologien darzustellen. Wir müssen uns dabei jedoch aus diversen Gründen auf eine beschränkte Anzahl von Verbindungen bzw. ihre Dachverbände beschränken.

Zuerst einmal zu den in der „Deutschen Burschenschaft" (DB, Grundsatz: Ehre - Freiheit - Vaterland) zusammengeschlossenen Heidelberger Burschenschaften Normannia und Frankonia. Die Burschenschaft Frankonia hatte 1994/95 den Vorsitz der DB inne, in der Burschenschaften aus Österreich und der BRD zusammengeschlossen sind. Das Presseorgan der DB sind die „Burschenschaftlichen Blätter", in deren Schriftleitung sich mit Ernst Wilhelm Wreden (ehem. Allemannia Heidelberg) ein Kriegsfreiwilliger der Waffen-SS befindet. Außerdem nahm die Frankonia am „Gesamttiroler Freiheitskommers" in Innsbruck (22.10.94) teil, bei dem Prof. Dr. Dr. Ermacora unter dem Beifall von 1500 Korporierten feststellte: „Keine Angst vor Großdeutschland".

Die Burschenschaft Normannia ist Teil der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft", einem Zusammenschluß von über 40 rechtsaußen stehenden Burschenschaften innerhalb der DB, darunter auch die als rechtsextremistisch bekannte Danubia.

Bekannt ist die Normannia in Heidelberg besonders durch die rechtsextremen Umtriebe ihres Mitglieds Wolfgang Unold (Stadtratskandidat für die Republikaner). Solange sich Unold in der Normannia zu Hause fühlen kann, wird die Erklärung der Normannia, sich „aufs Schärfste von allen extremistischen politischen Richtungen ..." zu distanzieren (RNZ, 25.1.95, S.3) zur Farce.

Erst im Januar '97 führte die Normannia in ihren Räumen eine Veranstaltung mit dem rechtsradikalen „Friedensforscher" Alfred Mechtersheimer durch. In der von diesem initiierten „Deutschland-Bewegung" hat der Normanne Christian Schaar den Posten des „Regionalbeauftragten Kurpfalz" inne.

Ein weiteres Glanzlicht der Normannia stellt der „Alte Herr" Dr. Günther Thomas dar. Er ist auch Mitglied der Europaburschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg (EBA). Die EBA gelangte im Januar 1995 zu trauriger Berühmtheit, als die Staatsanwaltschaft ihre Räume in Heidelberg durchsuchte. Anlaß war ein „Farbenabend", bei dem NS-Propaganda vertrieben wurde. Die EBA fiel schon mehrfach durch ihre guten Kontakte zu Rechtsextremisten, besonders zum militanten Neonazi-Spektrum auf. Programmatisch bezieht sich die EBA auf das „Europa-Konzept" der Waffen-SS. Daher vernetzt sie sich auf europäischer Ebene im DCEC (Delegierten-Convent europäischer Corporationen) mit anderen neofaschistischen Organisationen.

Die im Coburger Convent (CC) zusammengeschlossenen Heidelberger Korporationen distanzieren sich in ihren Publikationen hektisch von „Extremismus - egal in welche Richtung" (an der Uni verteiltes Werbepamphlet). Trotzdem befinden sich 1990 unter den AbonnentInnen der rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit" folgende im CC organisierte Heidelberger Verbindungen: Afrania, Ghibellinia, Teutonia, Vandalia-Breslau und Zaringia.

Außerdem kandidierte mit Christian Bangert (Teutonia) ein weiterer Korporierter auf der Kommunalwahlliste der rechtsextremen Republikaner.

Bei der Teutonia ist weiterhin der Werdegang des „Alten Herren" Fritz Hippler interessant. 1909 geboren, nimmt er 1927 Kontakt zur NSDAP auf, tritt 1930 der Heidelberger Teutonia bei und wird Hochschulgruppenführer des „NS-Studentenbundes Heidelberg". 1935 arbeitet er bei den Filmwochenschauen, wird 1938 Alleinverantwortlicher für diesen Bereich und übernimmt 1939 die Ab-

teilung Film im Reichspropagandaministerium. 1940 läuft sein heute noch in rechtsextremen Kreisen hoch angesehener Film „Der ewige Jude" an. 1942 wird Hippler von Göbbels zum „Reichsfilmintendanten" ernannt. Nach dem Krieg ist er unter anderem als „Filmdramaturg, Produktionsleiter und Regisseur von Dokumentar- und Industriefilmen" tätig. Dabei arbeitet er auch mit der FDP zusammen. Weiterhin schreibt er u.a. für die „Nationalzeitung" (Hrsg.: Dr. Gerhard Frey, Vorsitzender der DVU). 1992 setzt sich Hippler bei der Teutonia dafür ein, alle drei Strophen des Deutschlandliedes öffentlich zu singen. Heute noch erfreut er sich guter Gesundheit und ist ein gern gesehener Gast der Teutonia.

Autonome Antifa HD &
Antifa AK der Uni HD

27.April, 20.00Uhr:
Infoveranstaltung über die Burschenschaften
Ort: Tabula Rasa, die Kneipe im AZ
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg

DEN REAKTIONÄREN KONSENS VON WIRTSCHAFT, POLITIK UND GESELLSCHAFT DURCHBRECHEN!

VERBINDUNGEN KAPPEN! - BURSCHENSCHAFTEN ABSCHAFFEN!

Polizeischuss bei Antifa-Aktion!

Bei der antifaschistischen Aktion am 23. März in Laudenbach gab ein Polizeibeamter (PM Werner aus Heidelberg) einen Warnschuß in die Luft ab. Zuvor hatte er auf eine Frau gezielt, die die Polizeiübergriffe gegen Antifas am Bahnhof fotografieren wollte. Während er auf die junge Frau aus den Vereinigten Staaten zielte, lud er seine Waffe durch, wodurch für mehrere Sekunden eine reale Gefahr für die Gesundheit und sogar das Leben der Frau bestand. Dabei befand sich der Beamte in keiner Bedrohungssituation. Deshalb kann sein Verhalten auch nicht als „Ausraster" bezeichnet werden.

Schon 1972 saß die Knarre bei deutschen Bullen recht locker.

Die Vorgeschichte: Die Antifa-Jugendaktion Heidelberg (AJA) organisierte mit Unterstützung des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Rhein-Neckar (AARN) an diesem Tag eine Aktion, um die Neofaschistin Irina Beikert aus Laudenbach in ihrer Nachbarschaft zu enttarnen. Beikert ist Bundesvorstandsbeisitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD. Die JN ist zur Zeit die am offensivsten auftretende faschistische Organisation. Sie dient vielen der von den Parteiverboten der letzten Jahre „heimatlos" gewordenen FaschistInnen als Sammelbecken. Die bedeutendsten Aktionen der JN im letzten Jahr waren der Aufmarsch zum Todestag von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess am 17. August 1996 in Worms und vor allem die Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" am 1. März 1997 in München. Dort wurde unter den ca. 5000 (!) DemoteilnehmerInnen auch Irina Beikert gesichtet. Wie überhaupt bei allen öffentlichen Aktionen der JN in letzter Zeit. Oft ist sie in nächster Nähe führender deutscher Faschisten zu sehen.

Diese und einige andere detailliertere Informationen über Irina Beikert und die JN, verbunden mit der Aufforderung, keine faschistische Propaganda in Laudenbach zu dulden, sollten durch die Aktion unter die dortige Bevölkerung gebracht werden. Dies geschah in Form von Flugblättern und Plakaten. Verbunden wurde die Infoverbreitung mit einer symbolischen Aktion, bei der vor dem Haus Irina Beikerts eine Fahne der JN und ein Hakenkreuz aus Holz verbrannt wurde.

Es kam zu keinen Angriffen gegen Personen oder Sachen, da das Ziel der Aktion ganz klar bei der Aufklärung der Laudenbacher Bevölkerung lag. Diese Form der Öffentlichkeitsarbeit findet in der Rhein-Neckar-Region seit einigen Jahren statt, wobei es nie zu erwähnenswerten Problemen mit der Polizei kam.

Nach Beendigung der Aktion zogen die ca. 50 TeilnehmerInnen der Aktion zum Laudenbacher Bahnhof, um die Heimreise anzutreten. Als die 50 hauptsächlich jungen Leute den Zug betreten wollten,

wurden sie von den inzwischen eingetroffenen Polizeibeamten mit Gewalt daran gehindert. Es kam zu Schlagstockeinsätzen und Fußtritten. Da einige AntifaschistInnen dennoch in den Zug gelangen konnten, stürmte die Polizei den Zug und schlug auch dort wieder hemmungslos auf die Antifas ein. Sämtliche Personalien wurden aufgenommen.

Diese Vorfälle wollte die besagte junge Frau dokumentieren, woraufhin sie von PM Werner völlig unvermittelt angegriffen wurde. Zwei junge Männer, die ihr zu Hilfe eilten und sich auf ein kurzes Handgemenge mit dem Polizisten einließen, zogen sich schnell wieder zurück. In dieser Situation zog Werner, ohne in Gefahr zu sein und ohne legitimen Grund, seine Dienstwaffe, legte auf die Frau an, lud durch und schoß dann in die Luft. Auch ohne sich mit Waffen allzugut auszukennen, dürfte nicht schwer zu erkennen sein, daß ein solches Vorgehen äußerst gefährlich ist. Die Liste der Todesopfer, die durch „unbeabsichtigtes Lösen eines Schusses" durch deutsche Polizisten starben, ist lang. Sie reicht von Benno Ohnesorg bis Halim Dener, um nur von politischen Fällen zu sprechen, von den zahlreichen „Kriminellen", die auf solche Weise starben, ganz zu schweigen.

Ein solches Verhalten, wie auch das gesamte Vorgehen gegen die Antifas in Laudenbach, ist nur im Rahmen der Welle von Repression und Kriminalisierung, die gegen konsequente AntifaschistInnen eingesetzt wird, zu verstehen. Der Staat wünscht keine eigenverantwortliche Aktivitäten politisch bewußter Menschen. Diejenigen, die nicht bereit sind, dem Staat das alleinige Recht auf politische Intiative zu überlassen, werden in völlig unverhältnismäßiger Weise verfolgt, vor allem dann, wenn ihre politische Initiative die Legitimation der BRD als „demokratischen Rechtsstaat" in Frage stellt oder gar angreift.

Während FaschistInnen ungestört menschenverachtende Propaganda verbreiten und tödliche Anschläge auf ihnen nicht genehme Menschen planen und durchführen können - zumindest solange „Deutschlands Ansehen in der Welt" nicht gefährdet ist - werden linke und fortschrittliche Aktivitäten mit „allen Mitteln des Rechtsstaats" bekämpft. Ob kurdische Linke, ob wendländische Bauern, ob konsequente AntifaschistInnen - egal: Die Antwort, die der deutsche Staat auf die Aktivitäten unbequemer Menschen hat, ist immer dieselbe (wenn auch in unterschiedlich heftigem Ausmaß): Repression, Kriminalisierung, öffentliche Verunglimpfung.

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen.
Unterstützt uns!
Kommt zu unseren Aktionen!
Organisiert Euch!

Autonome Antifa Heidelberg, 24.März 1997

Nachtrag: Um die Laudenbacher Bevölkerung über die Vorfälle zu informieren, haben wir am Mittwoch, den 26.03. 1000 Flugblätter im Ort verteilt. Wir rufen alle LaudenbacherInnen, die mit dem Vorgehen der Polizei und den Aktivitäten Irina Beikerts nicht einverstanden sind, auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen!

Autonome Antifa HD, c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimerstr.7a, 69115 Heidelberg
Tel./Fax.: 06221/ 22652

In der BILD-Zeitung hört sich das dann folgendermaßen an:

Autonome outen rechte Schülerin

Weinheim/Heidelberg - Ein Zug von 50 Vermummten aus der Heidelberger Autonomen-Szene sorgte in Laudenbach an der Bergstraße für Krawall.

„Vorsicht! Neonazi in Ihrer Nachbarschaft", stand auf Flugblättern, mit denen die Autonomen Schaufenster, Telefonzellen und Verkehrsschilder beklebten. Den Chaoten ging es nach eigenen Angaben um „Outing" und Ächtung der Laudenbacher Schülerin Irina B. (18). Sie gehört zum Bundesvorstand der rechtsradikalen NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN).

Zur „Einschüchterung" verbrannten die Autonomen vorm Haus ihrer Eltern ein Hakenkreuz. Erschreckte Bürger riefen die Polizei. Und kurze Zeit später lösten die Ordnungshüter die nicht angemeldete Demo auf. Dabei wurden auch Schlagstöcke eingesetzt. Die Polizei: „Einer unserer Beamten wurde massiv von den Chaoten bedrängt." Er gab einen Warnschuß in die Luft ab. Verletzt wurde niemand. dr/dk

BILD-Zeitung, 25. März 1997

Zunehmende Faschoaktivitäten in Mannheim

In letzter Zeit häufen sich Übergriffe von Faschoskins auf AusländerInnen, Punks und „anders aussehende" Menschen in Mannheim. Dies ist der Versuch einer Darstellung der Ereignisse sowie der Reaktion der Mannheimer Polizei, des Mannheimer Mogel (MM) und der Öffentlichkeit.

Seit Dezember '96 sind uns Vorfälle bekannt, bei denen Linke, Punks und anders aussehende Menschen von Faschoskins gejagt wurden. Am 15.1.1997 wurde das Gartenhaus einer Grünen Stadträtin in Ma-Feudenheim demoliert und mit Hakenkreuzen beschmiert. Zur selben Zeit wurden Gruppen von ca. 30 Naziskins fahnenschwingend in der Nähe der in Ma-Feudenheim gelegenen Kneipe „Relax" gesichtet. Ende Januar wurden zwei Menschen von sieben Faschos in Ma-Lindenhof zusammengeschlagen; einer erlitt schwere Verletzungen und mußte einige Zeit im Krankenhaus verbringen. Trauriger Höhepunkt war die Nacht von Freitag (28.2) auf Samstag (01.03.1997). Ca. 20-25 Neonazis (zwischen 12-24 Jahren) aus Mannheim, Ludwigshafen, und der Vorderpfalz überfielen das Stehcafé „Laonda" in der Alphornstraße. Die Neonazis sammelten sich am Kiosk am Neumarkt und gingen geschlossen zum Stehcafé. (Wie AnwohnerInnen berichteten, liefen zuvor einige der Neonazis mit Parolen wie „Ausländer Raus" durch die Straßen der Neckarstadt.) Dort angekommen, stürmte ein großer Teil von ihnen, bewaffnet mit Baseballschlägern, Holzhämmern, Messern und Schlagringen in das Stehcafé und schlugen auf die Gäste und den Betreiber ein. Ein Großteil der Gäste flüchtete in das Büro und in die Küche des Stehcafés. Der Inhaber und ein Gast blieben im Café, da sie noch weitere Gäste in dem unübersichtlichen Caféraum vermuteten. Auf diese beiden schlugen die Naziskins so brutal ein, daß der Inhaber später mit Verdacht auf einen Jochbeinbruch ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Die ganze Auseinandersetzung dauerte nur zwei bis fünf Minuten. Ein Teil der Neonazis flüchtete in die Mittelstraße, der andere Teil in die Dammstraße, wo eine Party der Nazis stattfand. Diese wurde später von der Polizei gestürmt. Noch in der selben Nacht wurde ein Obdachloser von zwei Skinheads in der „Borelly-Grotte" zusammengeschlagen. Am 8.3.1997 zogen fünf Neonazis pöbelnd durch den Jungbusch bis vor ein griechisches Restaurant. (Zeitgleich fand eine Demo gegen den Überfall in der Neckarstadt statt, an der ca.150 Menschen teilnahmen.) Dort wurden sie von anwesenden Gästen vertrieben. Einer der Skins erlitt eine Kopfverletzung.

Anfang Februar führte der Mannheimer Staatsschutz mehrere Hausdurchsuchungen bei insgesamt 13 Personen durch. Dort wurden unter anderem Waffen und Propagandamaterial gefunden. Bei dieser Razzia wurde auch der Anführer der hauptsächlich in Ma-Feudenheim und Ma-Neckarau aktiven Gruppe, der 19 jährige Rene R. festgenommen. Dieser war maßgeblich bei dem Überfall im Ma-Lindenhof beteiligt. Die Polizei verharmloste die ganze Sache, lobte, daß sich einige der vorläufig Festgenommen noch im Polizeipräsidium ihrer Aufnäher entledigt hatten, und sie sprach

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

wie immer von „politisch verwirrten Jugendlichen".
Nach dem Überfall in der Neckarstadt war die erste Frage der nach ca. 15-20 Minuten eintreffenden Polizei, wie viele Türken sich in der Gaststätte befunden hätten. Innerhalb einiger Minuten waren dann mehrere Polizeiwagen in der Alphornstraße. Diese fuhren panikartig durch die Neckarstadt, bis sie eine Wohnung in der Dammstraße stürmten. Sie nahmen einen Teil (14 an der Zahl) der Naziskins, die an diesem Überfall beteiligt waren, fest (alle zwischen 13 und 24 Jahre). Alle vierzehn kamen nach spätestens 24 Stunden wieder frei; unter ihnen auch Manuel J. (17 Jahre), Herausgeber des Naziskin-Fanzins „Doitsche Offensive". Alle Festgenommen waren der Polizei bekannt.
Der MM berichtet, wie auch nicht anders zu erwarten ist, sehr einseitig bzw. übernimmt die Version der Polizei, er war nicht mal in dem betreffenden Lokal. [Wer?, Anm. d. Red.] Die Polizei spricht davon, daß der Überfall zufällig von einer Gruppe von Jugendlichen ausgeführt wurde. Nur bei einem könne mensch davon ausgehen, daß er zur Neonazi-Szene gehöre, was natürlich nicht den tatsächlichen Abläufen der Nacht entspicht. Im allgemeinen spielt der MM die Situation der in Mannheim immer stärker werdenden Faschoszene herunter bzw. vertuscht diese. Er spricht von „anpolisierten Jugendlichen", die keineswegs - bis auf wenige Ausnahmen - zur Naziszene gerechnet werden können etc. Statt dessen hetzt er lieber gegen das JuZ in Selbstverwaltung und äußert Bedenken, daß sich nun AusländerInnen, Punks und Autonome zur Wehr setzen (hoffentlich!), fürchtet Magdeburger Verhältnisse und fordert die Polizei auf, diese genau zu beobachten. [Was? - Etwa die Magdeburger Verhältnisse?, Anm. d. Red.]
In Mannheim läßt sich derselbe Trend erkennen, der auch bundesweit zu erkennen ist. Immer mehr militante Neonazis organisieren sich in der Jugendorganisation der NPD, der JN (Junge Nationaldemokraten), die nach dem Verbot von verschiedenen Nazi-Parteien zum Sammelbecken von millitanten Neonazis in der gesamten BRD geworden ist. Diese leugnet den Holocaust an Juden [und Jüdinnen, Anm. d. Red.], vertritt ein menschenverachtendes Menschenbild, organisiert die militante Rechte mittels moderner Technik (Thule-Netz) und fällt durch ihr brutales Vorgehen gegenüber Andersdenkenden und AusländerInnen auf.
Die Mannheimer Nazi-Szene, die vom Staatsschutz auf ca. 40 Personen geschätzt wird, tritt so offen und brutal auf, wie schon seit Jahren nicht mehr. Die oben beschriebenen Vorfälle sind nur die Spitze des Eisbergs, da vieles nicht bekannt wird. Zudem scheint die Mannheimer Szene gute Kontakte zur Pfalz zu haben, was für eine zunehmende Vernetzung spricht.

Den autonomen Antifaschistischen Widerstand organisieren!
Kampf dem Faschismus auf allen Ebenen !
Kein Vergeben, kein Vergessen!

In diesem Sinne

F.ürA.ndereZ.ustände
FAZ c/o Juz
Postfach 121965
68070 Mannheim

INFOLADEN MOSKITO
IM AUTONOMEN
ZENTRUM HEIDELBERG
ALTE BERGHEIMER
STRAßE: 7A
69115 HEIDELBERG

ÖFFNUNGSZEITEN:
DIENSTAG: 20 - 22 H
DONNERSTAG: 20 - 22 H
UND BEI ALLEN
VERANSTALTUNGEN

Heraus zum 1. Mai 1997

Liebe Mitmenschen, Genossen und Genossinnen,

dieser Aufruf richtet sich an alle, die den massiv voranschreitenden Entwicklungen wie Sozialabbau, Ausgrenzung, Individualisierung und dem Machtstreben Deutschlands nicht länger passiv gegenüberstehen wollen, sondern gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Gruppen und Menschen ihren Protest auf die Straße tragen wollen.

Die Situation hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Kohls Spruch von 1990: „Keinem wird es schlechter gehen als vorher" (wenn auch in anderem Zusammenhang) hat sich als das herausgestellt, was er schon damals war: purer Populismus. Solche Sprüche hatte er 1993 schon nicht mehr nötig. Da setzte er, und mit ihm große Teile der Herrschenden, auf Konfrontationskurs. Mit dem „kollektiven Freizeitpark Deutschland" trieb er die Hetze gegen „Sozialmißbrauch" voran. Seitdem vergeht kein Tag mehr, an dem kein neuer „Sparvorschlag" verkündet wird: Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Besteuerung von Renten- und Arbeitslosengeld, Abbau der ABM-Stellen, Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Kürzung von Arbeitslosenhilfe/-geld und Sozialhilfe; Arbeitszwang für SozialhilfeempfängerInnen; Einstiegslöhne für Langzeitarbeitslose; Kürzungen der Leistungen für AsylbewerberInnen, Einführung von Studiengebühren usw. Aber auch viel grundsätzlicher: die Arbeitslosigkeit steigt ständig; die Rente wird insgesamt in Frage gestellt; wir erleben drastische Einschnitte im Gesundheitswesen, außerdem eine (ausgewogene?) „Steuerreform"; immer mehr Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt, verarmen oder sie werden abgeschoben; und gleichzeitig findet eine Vereinsamung quer durch alle Bevölkerungsschichten statt; von drängenden Umweltproblemen aber auch dem Zulauf der Rechten ganz zu schweigen.
Diese Entwicklungen sind nicht zufällig; denn das Ganze hat System. Es sind Eigenschaften einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, bei der ein Gewinnstreben um jeden Preis an oberster Stelle steht. Ein kleiner Prozentsatz der Menschen kontrolliert (wenn auch mit verschiedenen Zielsetzungen) die dazu notwendigen Möglichkeiten - auf Kosten von uns allen. Und wir sehen uns einem immer wieder kehrenden Mittel des Machterhalts gegenüber, einem irrationalen und bewußt geschürten Haß: die Menschen werden nach Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität gespalten bis hin zur individuellen Ellenbogengesellschaft, um von den wahren Problemen abzulenken. Die Herrschenden verschärfen die Widersprüche und Konfrontationslinien, die die Menschen voneinander trennen, um ihre Herrschaft, ihr System von Ausbeutung und Unterdrückung aufrechtzuerhalten und möglichst sogar zu festigen.

Jene Teile der Gesellschaft fühlen sich im Moment wieder einmal stark genug, ihr menschenverachtendes Gewinnstreben noch unverhüllter

vorantreiben. Trotz steigender Gewinne fallen die sozialen Zugeständnisse der letzten Jahrzehnte Schritt für Schritt diesem Streben zum Opfer. Dabei wollen wir aber nicht vergessen, daß dieser Reichtum, an dem wir in kleinem Maße zu unserer Ruhigstellung haben „naschen" dürfen (z. B. Sozialpartnerschaft), auch auf Kosten früherer Generationen aufgehäuft wurde, ebenso wie er bis heute durch die Ausbeutung der sogenannten 3. Welt genährt wird. Damals wie heute dienen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, aber auch der Ressourcen aus diesen Ländern dem Ausbau und der Festigung der hiesigen Wirtschaft.

Wie immer stellt sich auch heute die Frage, wie unsere nächsten Schritte aussehen könnten. Wäre es nicht sinnvoll, daß wir unsere Probleme selber in die Hand nehmen, uns informieren, den gegenseitigen Austausch vorantreiben, uns organisieren und politisch aktiv werden? Aktiv werden dehalb, weil wir glauben, daß die etablierten „Interessenvertretungen" wie die bestehenden Partei- und Gewerkschaftsspitzen keineswegs unsere Interessen vertreten, sondern die einer kleinen Gruppe von (wirtschaftlich) Mächtigen. So sind die Gewerkschaften zu sehr in das herrschende System intergriert, um noch einen effektiven Gegenpol zur Ausbeutungspolitik zu bilden.

Es wäre paradox, die Lösung unserer Probleme in die Hände derjenigen zu legen, die sie vorsätzlich verursachen.

Die Entwicklungen in anderen Ländern machen Hoffnungen, daß die Menschen in der Lage sind, für ihre Rechte einzutreten und dafür auf den Straßen und in den Betrieben zu kämpfen: In Frankreich vereinigten sich ArbeiterInnen mit StudentInnen im Widerstand gegen die Sparpolitik der Regierung, in Südkorea bildet sich ein Massenprotest gegen das Verbot der Zulassung von unabhängigen Gewerkschaften, in Israel legte ein Generalstreik gegen die Sparpläne der Regierung das ganze Land lahm, in Südkorea besetzten ArbeiterInnen ihre Fabrik und setzen sie in Brand, als sich ihre Bosse nicht auf Verhandlungen einließen.

Für eine gleichberechtigte herrschaftsfreie Gesellschaft!
Keine Befreiung ohne Revolution!
Zusammen kämpfen!

Wir gedenken am 1. Mai 1997 dem in Mannheim geborenen Luis Lingg, der vor 111 Jahren neben sieben weiteren zu Unrecht eines Bombenattentats in Chicago beschuldigt wurde. Auf dem Haymarket, dem Heumarkt, wird am 4. Mai 1886 eine Bombe in einen Polizeitrupp geworfen, nachdem am 1. Mai ein Generalstreik die Industrie lahmlegte und am 3. Mai die Polizei das Feuer auf die DemonstrantInnen eröffnete. Am 10. November des gleichen Jahres nahm sich Luis Lingg im Alter von 22 Jahren unter tragischen Umständen das Leben, um der Hinrichtung, die für den nächsten Tag geplant war, zuvor zu kommen.

AK Politische Gefangene, ARI (Antirassistische Initiative), ASV (Arbeitersportverein), Autonome Antifa Heidelberg, FAZ (Für Andere Zustände), Kurdistan Solidaritätsgruppe (Mannheim), Infoladen Mannheim, JuZ (Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr", Mannheim), VEB laut & lästig, Wilde Horde, Buero für angewandten Realismus

Wir brauchen dringend finanzielle Unterstützung:
Volksbank Heidelberg, BLZ 67290000, Konto Nr. 21152200, Stichwort „1. Mai"

VEB laut & lästig Konzerte und mehr

...unsere Idee ist es nach wie vor Politik, gute Stimmung und Gegenkultur miteinander zu verbinden.

Antifaschistischen, anarchistischen und autonomen Gruppen bieten wir eine Plattform für Gegenöffentlichkeit und unterstützen sie durch Spenden.

Wir suchen weiterhin Bands !

VEB laut & lästig c/o Schwarzwurzel
Jakob-Binder-Str. 10 67063 Ludwigshafen

Demos & Veranstaltungen

Fr, 04.04.: ***Palästina-Kneipe*** *im AZ mit Film* ***„AUSGANGSSPERRE"***

Das aus der Sicht eines Zehnjährigen gezeichnete Portrait einer palästinensischen Großfamilie im von Israel besetzten Gaza-Streifen. Durch eine unvermittelt ausgerufene Ausgangssperre sind die Familienmitglieder gezwungen, tagelang im geschlossenen Raum ihres Hauses zu verharren. Sonst unterdrückte Probleme stauen sich an, aber auch die Außenwelt treibt das Geschehen voran. Erster palästinensischer Spielfilm, der auf eine holzschnittartige Darstellung der Opfer-Täter-Konstellation verzichtet.
„Ausgangssperre", Israel/BRD/F/NL 1993
Beginn: 21.00 Uhr

Sa, 05.04.: ***Knastkundgebung*** *vor der Justizvollzugsanstalt Bühl*

»Wir haben uns entschlossen, durch eine Knastkundgebung unserer Solidarität mit Ursel Ausdruck zu geben und Aussageverweigerung und Beugehaft zu thematisieren. So wollen wir versuchen, diese grundlegenden und wichtigen Punkte in organisierte Gruppen und losere Zusammenhänge hineinzutragen. Die Klarheit, mit der Ursel ihre Entscheidung traf, die Aussage zu verweigern und dafür in Beugehaft zu gehen, ist ihr nicht zugeflogen, sondern ist Folge politischer Prozesse, in denen sie Teil ist. Da dies jedoch - wie die aktuellen gelungenen Erpressungsversuche des Staates zeigen - nicht mehr durchgängige Praxis ist, sehen wir keinen anderen Weg als den Versuch, die Thematik aufzugreifen und an der Bewußtwerdung zu arbeiten, in welcher Konfrontation wir hier als Linke stehen, wie unsere Gedanken, Vorstellungen von einer Beliebigkeit zu konsequentem Verhalten werden können ...
Zu Ursel: ... Nachdem Ursel Quack vor achteinhalb Monaten vom Oberlandesgericht Koblenz in einem § 129a-Prozeß wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (RAF) zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen à 20 DM verurteilt wurde, erhielt sie jetzt durch den Bundesgerichtshof in Karlsruhe eine „Zeugen"-Vorladung im Verfahren nach § 129a gegen den VS-Agenten Steinmetz ... [Dieses] Verhör beim Bundesgerichtshof fand am 28.11.96 statt. Ursel verweigerte jede Aussage vor BAW und BKA. Die Antwort des Bundesgerichtshofes auf die Aussageverweigerung: Fünf Monate Beugehaft und 800 DM Bußgeld. Noch am gleichen Tag wurde Ursel Quack von Karlsruhe in die JVA Bühl verbracht. Die Zeugenvorladungen gehören zu den Möglichkeiten, die die über zehnjährige Tätigkeit des VS-Agenten Steinmetz in der radikalen Linken für die Staatsschutzapparate geschaffen hat. Im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen Steinmetz gab es bereits Vorladungen. Am massivsten war bisher das Wohnprojekt Fritzlarerstraße in Frankfurt betroffen: fünf Hausdurchsuchungen; vier BewohnerInnen befanden sich ab Dezember 1995 mehrere Monate in Beugehaft ...«
(Auszug aus dem im März 1997 herausgegebenen Flugblatt der Initiative „Solidarität heißt Widerstand")
Treffpunkt: 13.00 Uhr JVA Bühl

So, 13.04.: ***Kneipe*** *der* ***Antifa Schwarze Lilie*** *im AZ mit Film* ***„HASS"***

Straßenschlachten in einer Pariser Trabantenstadt. Nachdem ein 16-Jähriger im Verhör lebensbedrohlich zugerichtet wurde, schwört ein anderer Jugendlicher, einen Polizisten zu töten, falls sein Freund stirbt. Eine bedrängende Exkursion in das Leben der Vorstädte, in denen die Jugendlichen einer hoffnungslosen Zukunft entgegen gehen. Die präzise Inszenierung analysiert schonungslos die soziale Zeitbombe und verdichtet dabei ihre zentralen Themen von Gewalt und ihren Folgen, Solidarität und Ohnmacht.
„Hass" Scope, schwarz-weiß, Frankreich 1994
Beginn: 21.00 Uhr (auf Videobeamer)

Mo, 14.04.: ***FrauenLesben-Café*** *im AZ mit Film* ***„DIE ZWEI LEBEN DER VERONIKA“***

Eine Musikstudentin aus Polen entdeckt zufällig in einer französischen Studentin ihre Doppelgängerin. Als die polnische Veronika bei einem Konzert stirbt, mehren sich die Anzeichen, daß ihre Seele auf die französiche Veronique übergegangen ist. „Der hervorragend inszenierte Film vermittelt die Ahnung von einer transzendenten Welt und behandelt die Suche nach dem Absoluten.“ (Lexikon des internationalen Films)
„Die zwei Leben der Veronika“, PL/F/BRD 1991
Beginn: 21.00 Uhr

Di, 15.04.: ***Informationsveranstaltung „Drahtzieher im braunen Netz“*** *in der Neuen Uni Heidelberg*

Als das Buch „Drahtzieher im braunen Netz“ 1993 erschien, sorgte es bundesweit für Aufsehen. Neben detaillierten Recherchen über die Verbindungen innerhalb der rechten Szene beeindruckt das AutorInnenkollektiv auch mit einem umfangreichen Überblick über die Organisationen und Aktivitäten im rechten Spektrum. 1996 ist nun eine überarbeitete Version der „Drahtzieher“ im Konkret-Verlag erschienen. Eingeladen ist ein Mitglied des Kollektivs, sowohl um über die Erkenntnisse, die bei den Recherchen für das Buch gewonnen wurden, zu berichten, als auch um eventuell noch offene Fragen zu beantworten. Eine Pflichtveranstaltung für alle, die glauben das rechte Netz wäre durch die Verbote einiger Organisationen in den letzten Jahren zerschlagen worden.
Beginn: 19.30 Uhr, Neue Uni HD, Hörsaal 1
Veranstaltet von der Autonomen Antifa HD

Mi, 16.04.: ***Motto-Kneipe ARAVANADI*** *im AZ: Black music und Film* ***„PANTHER“***

Dokumentarischer Spielfilm über die Black Panther Party (BPP) in den USA. Zum ersten Mal wird die Geschichte der BPP von 1966 bis 1969 aufgezeigt. Dieser Film setzt sich auch mit dem Scheitern der Black Panthers auseinander. Zu

Beginn von „Panther" gibt es einen Filmschnippsel einer Rede von Malcom X (der 1965 zwei Jahre vor Einsetzen der Filmhandlung umgebracht wurde), in der er davon spricht, daß die Schwarzen nur auf die Gewalt reagieren, die sie alltäglich am eigenen Leib erfahren müssen. Das ist auch der Tenor von van Peebles' Film, der die von der BPP ausgehende Gewalt als eine legitime Form von Selbstschutz gegen den alltäglichen Rassismus zeigt. Van Peebles stellt die grundsätzliche Entwicklung dieser speziellen Gruppe der schwarzen Bürgerrechtsbewegung dar, wobei er die Gewaltspirale immer höher schraubt, gesteigert durch den alltäglichen Rassismus der Polizei und den ersten dilettantischen Versuchen des FBI, die Panther zu unterwandern.
„Panther", USA 1995, 119 min.
Beginn: 21.00 Uhr

*So, 20.04.: **Kneipe** der **SO-Crew** im AZ mit Film „**DER PANNWITZBLICK**"*

Dokumentarische Studie über das Leben behinderter Menschen und ihre Versuche der Selbstverwirklichung. Zugleich eine Auseinandersetzung mit dem brisanten Themenkomplex „Unwertes Leben". Ein engagierter Film, der rigoros für die Belange Behinderter eintritt, denen Unverständnis und Hilflosigkeit der Umwelt die Selbstbehauptung noch immer erschweren. Ein Film mit einer ungewöhnlichen Sprache, mit ungewöhnlichen Bildern über ein ungewöhnliches Thema: Die geistige Aussonderung von geistig und körperlich behinderten Menschen. Im Faschismus waren es „Propagandafilme", die - mit den Theorien der Eugenik - die Massenvernichtung der „Nicht-normalen-Menschen" vorbereiteten. Damals wurde das Objektiv der Kamera durch die Nazis umfunktioniert zum „gesellschaftlichen Auge", zum Glasauge der Gesellschaft. Der Faschismus ist bewältigt. Scheinbar. Massenvernichtung gibt es nicht mehr. Aber das Glasauge existiert noch. Daran hat sich nichts geändert. Davon berichten behinderte Menschen, denen erneut Glasaugen „zu Leibe rücken", auch, um ihre gesellschaftliche Zuordnung zu bestimmen. Euthanasie ist wieder ein Thema in Deutschland. Der Blick der Nichtbehinderten auf die Behinderung hat oft etwas mit Fremdheit und dadurch mit Angst zu tun, die umschlägt in Abwehr. Dies wird sichtbar in Bildern, in menschlichem Verhalten.
„Der Pannwitzblick" ist ein analytischer Montagefilm über Blicke, Kameraeinstellungen und das Verhältnis der Macht des Abbildenden gegenüber den Abgebildeten; vor der Kamera und dem Auge.
„Der Pannwitzblick", Medienwerkstatt Freiburg 1991, 90 min.
Beginn: 21.00 Uhr (auf Videobeamer)

*Fr, 25.04.: **Kneipe** des **Roten Splitters** im AZ mit Film „**BRAZIL**"*

In einem bizarren Überwachungsstaat der Zukunft gerät ein kleiner Angestellter durch einen Tippfehler in Schwierigkeiten und lernt die mönströse Brutalität der Bürokratie kennen, deren Teil er ist. Die Geschichte wird in einer Mischung aus surrealistischen Traumvisionen, rasanten Action-Turbulenzen und bitterböser Satire erzählt.
„Brazil", England 1984
Beginn: 21.00 Uhr (auf Videobeamer)

*Sa, 26.04.: **Konzert** im AZ mit den **GOLDENEN ZITRONEN**, Support: **Fokker** („Indusitrial Entertainment"), danach **DJ United** (Drum 'n' Bass)*

Unter dem Motto „Rock gegen Burschenschaften" findet an diesem letzten Samstag vor dem 1. Mai ein Antifa-Solidaritäts-Konzert mit den *Goldenen Zitronen*, den Vertretern der „Diskursmusik aus Hamburg", statt.
Beginn: 21.00 Uhr

*So, 27.04.: **Informationsveranstaltung** über **Studentenverbindungen in Heidelberg und anderswo** im AZ*

Beginn: 20.00 Uhr

Unsere Sanitätergruppe hat sich neu gegründet, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß es sehr sinnvoll ist, daß auf Demos, Kundgebungen und Blockaden durch Schergen verletzte Leute nicht in die Verlegenheit kommen sollten, nur von bulleneigenen Sanis versorgt werden zu müssen. Nämlich dann würden eh gleich ihre Daten erfasst und sie würden noch weiterhin der Willkür und den Schikanen der Büttel ausgesetzt sein.
Daher rufen wir Euch, wenn Ihr Fähigkeiten oder eine Ausbildung im medizinischen Bereich habt, dazu auf, bei uns mitzuarbeiten.
Denkbar ist, daß wir uns nicht regelmäßig treffen, sondern, daß wir uns nur punktuell zu bestimmten Anlässen zusammenfinden. So braucht Ihr auch keine Bedenken wegen Eurer wertvollen Zeit zu haben (uahh, schon wieder ein Plenum ...).
Wenn Ihr mitarbeiten wollt, so wendet Euch bitte an: **Sanigruppe c/o Autonomes Zentrum, Alte Bergheimerstraße 7a, 69115 Heidelberg**

So, nun hoffen wir, daß sich etliche Leute finden, damit wir eine „schlagkräftige Truppe" bilden können. (Ha, ha)

Macht's gut!

Eure Demosanis

Mi, 30.04.: ***Demonstration „Verbindungen kappen! Burschenschaften abschaffen! Den reaktionären Konsens von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft durchbrechen!"*** *in Heidelberg*
Treffpunkt: 17.00 Uhr Bauhaus Heidelberg (Näheres dazu in dieser *Sabo*)

Mi, 30.04.: ***24 Jahre JUZ Mannheim - Geburtstagsfestival*** *im JUZ Mannheim*
Konzert mit DIE SCHNITTEN, KICK JONESES, VINCENT OF CARBURY, SIMUINASIWO u.a.
Beginn: 16.00 Uhr

Do, 01.05.: ***Revolutionäre 1.Mai-Demonstration*** *in Mannheim*
„Für eine gleichberechtigte herrschaftsfreie Gesellschaft"
Treffpunkt: 11.00 Uhr Paradeplatz Mannheim (Näheres dazu in dieser *Sabo*)

Fr, 02.05.: ***Ausstellungseröffnung „Pueblo en Armas - Bürgerkrieg und Revolution in Spanien 1936-1939"*** *im JUZ Mannheim*
Beginn: 20.00 Uhr
Veranstaltet vom JUZ Mannheim

Mo, 05.05: ***Informationsveranstaltung über die Jungen Nationaldemokraten „Das Nazi-Netzwerk macht weiter"*** *im JUZ Mannheim*
Im Rahmen der vom Bundesweiten Antifa Treffen (BAT) organisierten Kampagne gegen die Jugendorganisation der NPD hält die Autonome Antifa HD einen Dia- und Infovortrag über die derzeit wichtigste faschistische Organisation. Dabei werden deren momentaner Organisationsgrad, ihre Funktion und ideologische Ausrichtung im Mittelpunkt stehen. Daneben werden auch ihre bundesweiten und regionalen Strukturen skizziert.
Beginn: 20.00 Uhr
Veranstaltet von der Autonomen Antifa HD

Antwortschreiben des Zahltag-Bündnis auf den Brief von K. Osso

Wir freuen uns, daß nun endlich auch das Thema „Studiengebühren" in die *Sabotage* Einzug gefunden hat, da dieses Thema für das angesprochene Zielpublikum bisher nur eine marginale Rolle gespielt hat. Allerdings hätten wir es uns gewünscht, daß der konkrete Anlaß ein anderer gewesen wäre. Doch der Leserbrief von K. Osso zwingt uns zu einer Antwort, da er unserer Meinung nach die momentane Situation nicht ganz richtig wiedergibt.

Zum ersten möchten wir betonen, daß der erwähnte - äußerst unglücklich formulierte - Ausspruch auch im Bündnis heftige Diskussionen nach sich gezogen hat. Zum anderen möchten wir den von K. Osso aufgestellten Vorwurf des antipolitischen Charakters der Studierendenproteste korrigieren: das Aktionsbündnis Zahltag, das sich aus verschiedenen politischen Gruppen und engagierten Einzelpersonen zusammensetzt, hat seit seinem Bestehen Wert darauf gelegt, daß auch der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang der Studiengebühren immer wieder betont wird. Davon zeugen nicht nur der auch von K. Osso selbst aufgeführte Redebeitrag des DGB auf der letzten Demo, sondern auch die Redebeiträge auf allen Demos, u.a. auch der eines Betriebsrats. Deswegen wehren wir uns gegen den Vorwurf, wir würden uns nicht bemühen, „wie die verschiedenen sozialen Kämpfe vereinheitlicht werden können". Zur Erinnerung: das Aktionsbündnis war auch bei der 1. Mai-Veranstaltung im letzten Jahr in HD vertreten. Auch dieses Jahr sind wir wieder mit dabei. Wir Studierende sehen nämlich durchaus, daß die geplante „Hochschuldeform" nur ein Baustein in der Politik des allgemeinen sozialen Kahlschlags ist.

Deswegen haben die Studierenden auf der letzten Vollversammlung in einer Resolution u. a. den Willen bekundet, „verstärkt mit den Gewerkschaften und anderen sozialen Gruppen zusammen[zu]arbeiten", da „es uns nicht um egoistische Besitzstandswahrung geht. Vielmehr geht es uns darum, politische Richtungsentscheidungen zu bekämpfen, die die sozialen Probleme verschärfen und letztlich den Abbau demokratischer Rechte nach sich ziehen. Wir meinen, daß wir der Entsolidarisierung von oben mit Solidarität von unten begegnen müssen."

Allerdings müssen wir selber zugeben, daß dieses Bewußtsein nicht bei allen Studierenden vorhanden ist, was die vereinzelten Pfiffe erklärt, worüber wir natürlich nicht erfreut sind. Aber wir freuen uns wenigstens, mit 5000 bzw. 3000 TeilnehmerInnen zwei der größten Demos der letzten Zeit in HD organisiert zu haben.

Allerdings brauchen wir bei unseren Protesten gegen Sozialabbau und Bildungsklau selbstverständlich die Hilfe aller fortschrittlichen Kräfte, die sich mit unseren Forderungen nach freier Bildung (d. h. für einen demokratischen Hochschulzugang und gegen jede Art von Einschreibe- und Studiengebühren) und einer demokratischen Hochschulreform solidarisieren können, denn solange wir der Politik der Demontage des Sozialstaates keinen entschlossenen und breiten Widerstand entgegensetzen und uns statt dessen auf fruchtlose Appelle an die herrschende Politik beschränken, werden wir diese nicht stoppen können. Deswegen freuen wir uns über alle, die uns unterstützen wollen.

Aktionsbündnis Zahltag

JUZ MA

Selbstverwaltet Antifaschistisch

Mi, 02.04.	Frauenkneipe + Konzert: X. B. lieb' ich
Konzert	19 Uhr
Do, 03.04.	VEB leicht & luftig: But Alive
Konzert	20 Uhr
Sa, 05.04.	Gothic: Dream Disiples und Children Stun,
Konzert	20 Uhr
Fr, 11.04.	Spiritual Night, Gothic-Dark-Wave
Disco	22 Uhr
Sa, 12.04.	Drei Farben - Blau, Weiß, Rot
Video-Nacht	ab 18 Uhr
Sa, 19.04.	Moon Nr. 15, Indie-Grunge-Trip Hop-Crossover
Disco	21.21 Uhr bis 3.33 Uhr
Fr, 25.04.	Newcomer-Konzert mit Pork Pie, Stromversorgung und Die Dirnen
Konzert	20 Uhr
Mi, 30.04.	0.Mai: 24 Jahre JUZ mit Die Schnitter, Kick Joneses, Vincent of the Carbury, Simuinasiwo u.a.
Konzert	16 Uhr

Regelmäßige Termine :

Jeden Dienstag : Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag : Freiraumcafe, Vokü ab 19°°
Jeder 2. Montag : Didgeridoo lernen + spielen ab 19°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung " Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim

DEMO

DIE VERBINDUNGEN KAPPEN! - BURSCHENSCHAFTEN ABSCHAFFEN!

Gegen den reaktionären Konsens
von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft!

Mittwoch, 30.4.1997, 17.00 Uhr
Bauhaus Heidelberg